



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland

Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2016

Markus Steinbrecher
Heiko Biehl
Chariklia Höfig
Meike Wanner

Potsdam, 28. November 2016

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

Internet: www.zmsbw.de

© ZMSBw

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick	5
3	Methodisches Design der Studie	10
4	Subjektive Sicherheit.....	14
5	Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr.....	21
6	Verteidigungspolitisches Wissen	35
7	Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit	45
8	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	51
9	Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands	56
10	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr	66
11	Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr.....	68
12	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	71

1 Einleitung

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat im II. Quartal 2016 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchgeführt. Diese Studie wird seit 1996 regelmäßig realisiert und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar.

Der vorliegende Ergebnisbericht präsentiert erste Befunde der Befragung 2016 und zeigt – wo möglich – den Verlauf der sicherheitspolitischen Einstellungen über die letzten Jahre hinweg auf. Er dient der Dokumentation der erhobenen Daten und der zeitnahen ministeriellen Information. Der Ergebnisbericht ist deskriptiv angelegt. Hinweise auf Ursachen der berichteten Veränderungen werden weitergehende Analysen liefern. ZMSBw wird dazu spätestens im I. Quartal 2017 einen umfassenden Forschungsbericht vorlegen.

Zentrale Themenstellungen der Befragung sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst. Zudem enthält die Befragung einige Fragen zum verteidigungspolitischen Wissen der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Abschnitt 3 für ausführlichere Informationen).

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und der Fragebogen wurden am ZMSBw erarbeitet. Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 17. Mai bis 19. Juni 2016 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2 295 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben (vgl. Abschnitt 3 für weitere Angaben zum methodischen Design). Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Ipsos erhielt das ZMSBw am 1. Juli 2016 den Datensatz, der Grundlage der nachstehenden Auswertungen ist. Dieser Bericht wurde am 5. Juli 2016 dem BMVg zur internen Auswertung vorgelegt und am 28. No-

vember 2016 veröffentlicht. Die Auswertung umfasst in dieser Fassung lediglich die geschlossenen Fragen.

2 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

4. Subjektive Sicherheit

- Die weltweite Sicherheitslage beurteilen 38 Prozent der Befragten als eher bzw. 14 Prozent als sehr unsicher. Im Vergleich dazu schätzen deutlich weniger Befragte die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als eher (15 Prozent) bzw. sehr unsicher (2 Prozent) ein.
- Bezüglich der persönlichen Situation überwiegt in der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit. Nur wenige fühlen sich eher (9 Prozent) oder sehr unsicher (2 Prozent).
- Im Vergleich zum Vorjahr wird die globale Sicherheitslage unsicherer eingeschätzt, während sich die Befragten persönlich spürbar sicherer fühlen. Die Sicherheitslage in Deutschland wird ähnlich wie im Vorjahr empfunden.
- Konkrete Bedrohungen werden sehr differenziert wahrgenommen, wobei Aspekte, die mit der Flüchtlingskrise zusammenhängen (Zuwanderung, Fundamentalismus, Fremdenfeindlichkeit), dominieren. Auch die Angst vor Terroranschlägen in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Ebenso hat der Anteil derjenigen, die sich von ökologischen Aspekten bedroht fühlen, deutlich zugenommen. Sozioökonomische Bedrohungen bewegen sich in der Wahrnehmung der Befragten etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

5. Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

- Wie in den Vorjahren stehen die meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr positiv gegenüber. Mehr als drei Viertel der Befragten weisen eine positive Einstellung auf.
- Die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen, die Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihnen und sie gelten als wichtig für Deutschland.
- Die Leistungen der Bundeswehr im In- und Ausland werden von der Mehrzahl der Befragten positiv bewertet. Deutlich negativer als im Vorjahr werden die Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte eingeschätzt.

6. Verteidigungspolitisches Wissen

- Für die sechs verteidigungspolitischen Wissensfragen zeigt sich eine klare Hierarchie hinsichtlich des Kenntnisstandes der Bürgerinnen und Bürger.
- Fast jeder Befragte kennt die Bundesministerin der Verteidigung. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung wissen über die Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr sowie die Notwendigkeit der Zustimmung des Bundestages zu Auslandseinsätzen Bescheid.
- Etwas mehr als ein Drittel kann die hauptsächlich mit dem UNIFIL-Einsatz befasste Teilstreitkraft Marine richtig benennen. Die Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sowie die Gesamtstärke der Bundeswehr kann maximal von einem Fünftel der Befragten korrekt eingeschätzt werden.

7. Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

- Die Bundeswehr wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor allem über die Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften) wahrgenommen. Persönliche Gespräche oder Begegnungen im Alltag spielen nur für ein Viertel der Bevölkerung eine Rolle.
- Der Eindruck von der Bundeswehr ist bei persönlichen Begegnungen besonders positiv. Aber auch die Berichterstattung in den Massenmedien wird mit Werten zwischen 57 und 61 Prozent positiv wahrgenommen.
- 2016 sind nur 41 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug tut, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine deutliche Abnahme um 18 Prozentpunkte. Mit 40 Prozent sind fast genauso viele Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, dass sich die Bundeswehr nicht ausreichend bemüht, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.

8. Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

- Die Bundeswehr wird von 68 Prozent der Befragten als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen angesehen.
- Generell haben 48 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bemerkt, dass die Bundeswehr sich bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden. Von der Attraktivitätsagenda haben bisher viele weder etwas gehört noch gelesen (76 Prozent).

- Die Werbemaßnahmen unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ haben 31 Prozent der Befragten wahrgenommen.

9. Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

- Fast zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Krisen, Problemen und Konflikten mithelfen sollte. Damit bleibt die Zustimmung zu einer aktiven Außenpolitik fast auf dem Niveau von 2015.
- Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach den einzusetzenden Mitteln, zeigt sich eher eine Präferenz für nicht-militärische Mittel wie Entwicklungshilfe und diplomatische Verhandlungen. Bei den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr besteht eine klare Hierarchie. Ausbildungseinsätze (60 Prozent) und Stabilisierungseinsätze (56 Prozent) werden mehrheitlich unterstützt, Kampfeinsätze (31 Prozent) werden nur von einer Minderheit befürwortet. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik um 14 Prozentpunkte abgenommen und wird nur noch von 37 Prozent der Bevölkerung positiv bewertet.
- In grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen zeigt sich eine große Unterstützung für die Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen mit den Partnern in der EU und der NATO.
- Für das Verhältnis zu Russland ergibt sich ein sehr gespaltenes Meinungsbild. 47 Prozent der Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg kommt. Die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wird von 28 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Allerdings sagen auch nur 30 Prozent, dass Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte. Eine Verstärkung der militärischen Präsenz der NATO in Osteuropa wird von einem Drittel der Bürgerinnen und Bürger befürwortet.

10. Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

- 2016 spricht sich, wie bereits im Vorjahr, eine absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (50 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus, 34 Prozent sind dafür, dass diese gleich bleiben sollten, und 10 Prozent befürworten eine Verringerung des Verteidigungsetats.

- Für die Ausgestaltung des zukünftigen Personalumfangs der Bundeswehr zeigt sich ein ähnliches Bild: Erhöhung: 52 Prozent, keine Veränderung: 34 Prozent, Verringerung: 8 Prozent.
- Die Entwicklung des Vorjahres, dass sich die Mehrheit der Deutschen für erhöhte Verteidigungsausgaben und seit diesem Jahr auch mehrheitlich für die Aufstockung des Personalumfangs der Bundeswehr ausspricht, setzt sich in den aktuellen Daten fort.

11. Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

- Die Bundeswehr sollte nach Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden.
- Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeichnen oder dem Schutz und der Verteidigung von Bündnispartnern sowie der Antiterrorbekämpfung dienen.
- Die Bevölkerung befürwortet mehrheitlich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Am stärksten unterstützt werden Inlandseinsätze, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (90 Prozent) und um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (86 Prozent).

12. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

- Die Bevölkerungsmehrheit hat von allen im Rahmen der Studie abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr zumindest schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen zumindest einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes über die Einsätze.
- Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandseinsätze zeigt, dass der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (47 Prozent) sowie der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates (IS) (36 Prozent) im Jahr 2016 die bekanntesten Einsätze der Bundeswehr sind.
- Die Missionen, die im Jahr 2016 am stärksten befürwortet werden, sind der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (66 Prozent), der EUTM-Einsatz in Mali zur medizinischen Versorgung und zur Ausbildung mali-

scher Sicherheitskräfte und Sanitäter (50 Prozent) sowie der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (47 Prozent).

- Insgesamt zeigt sich, dass die Deutschen sich am ehesten für ein Bundeswehrenaagement bei den Einsätzen ausspricht, die als Hilfeinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen.
- Im Jahr 2016 geben nur 22 Prozent der Bundesbürger an, dass sie sich gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, 41 Prozent sagen teils/teils, und 35 Prozent bezeichnen den eigenen Informationsstand als schlecht. Im Vergleich zum Vorjahr ist der wahrgenommene Informationsstand der Bundesbürger rückläufig.

3 Methodisches Design der Studie

In der durch das ZMSBw (bis 2012: SOWI) jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungen zu treffen.¹ In Tabelle 3.1 sind die Themenbereiche bzw. Items der Befragung 2016 aufgelistet.

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, so dass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.² Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.2). Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points (Gebiet Deutschlands in etwa 53 000 Flächen unterteilt) abgegrenzt, daraus anschließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip³ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁴ ausgewählt.

¹ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns).

² Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

³ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁴ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Tabelle 3.1: Themen der Studie

Subjektive Sicherheit
<ul style="list-style-type: none"> • Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items) • Sozioökonomische, ökologische und sicherheitspolitische/militärische Bedrohungen (16 Items)
Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (3 Items, davon 1 offen) • Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items) • Leistungen, Ausrüstung, Einbindung in die Gesellschaft, öffentliches Auftreten und Ausbildung der Bundeswehr (6 Items) • Institutionenvertrauen (17 Items) • Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items)
Verteidigungspolitisches Wissen
<ul style="list-style-type: none"> • Wissen zur Bundeswehr (6 Items, davon 2 offen abgefragt)
Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung Bundeswehr (15 Items) • Kontakt der Bundeswehr zur Gesellschaft (3 Items, davon 1 offen)
Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items) • Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr (3-4 Items)
Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands
<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Verantwortung Deutschlands (2 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Mittel (10 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (14 Items) • Einstellungen zum Verhältnis zu Russland (6 Items)
Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Höhe der Verteidigungsausgaben (1 Item) • Personalumfang der Bundeswehr (1 Item)
Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgabenbereiche der Bundeswehr (12 Items) • Aufgabenbereiche der Bundeswehr in Deutschland (6 Items)
Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheit Auslandseinsätze (9 Items) • Unterstützung Auslandseinsätze (9 Items) • Bewertung Informationsarbeit Auslandseinsätze (1 Item)
Eigenschaften der Befragten
<ul style="list-style-type: none"> • Soziodemografische Merkmale (11-15 Items) • Parteipolitische Orientierung (2 Items) • Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5-6 Items) • Verteidigungspolitisches Interesse (2 Items) • Interne Efficacy (4 Items) • Mediennutzung (1 Item)

Tabelle 3.2: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merk- mals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2 500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit im Bereich von 23 (25 – 2) bis 27 Prozent (25 + 2).

Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen: $P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt.⁵ Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa 5 Wochen (17. Mai bis 19. Juni 2016) 2 295 Nettointerviews durch erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet⁶ (vgl. Tabelle 3.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Tabelle 3.3: Grundgesamtheit und Stichprobe

(Angaben in Prozent)			
	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
Geschlecht			
Männer	49	49	48
Frauen	51	51	52
Alter			
16 bis 19 Jahre	5	5	5
20 bis 29 Jahre	14	14	13
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	18	18	18
50 bis 59 Jahre	18	18	18
60 bis 69 Jahre	13	13	14
70 Jahre und älter	18	18	18
Bildungsabschluss			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	29	29	23
Realschulabschluss	32	32	42
Hauptschulabschluss oder niedriger	39	39	35
Region			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN,TH)	20	20	21
Süddeutschland (BW, BY)	29	29	28
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkung: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

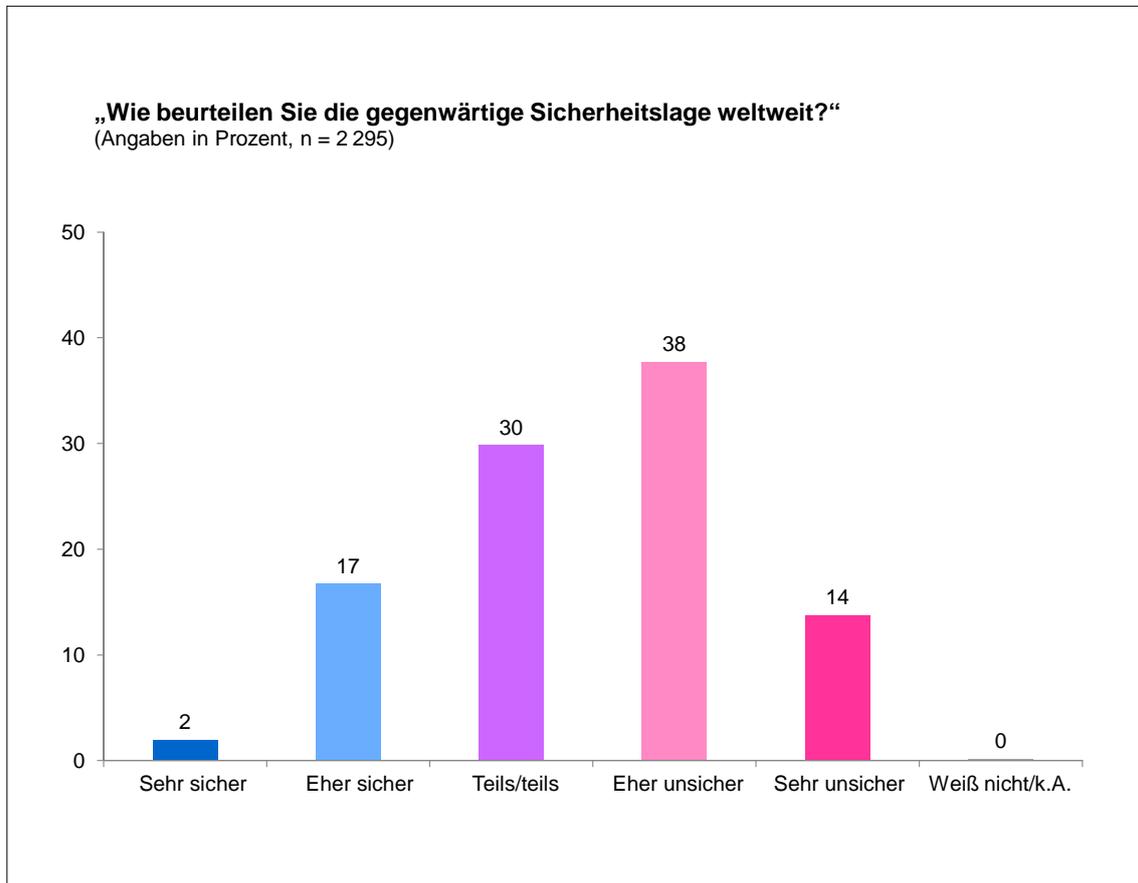
Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Mediaanalyse (ma) aus dem Jahr 2016; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

⁵ Die Autorinnen und Autoren des Forschungsberichts standen während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos.

⁶ Die Gewichtungsfaktoren reichen dabei von 0,158 bis 5,091 (\bar{x} =1,213; sd =0,579).

4 Subjektive Sicherheit

Abbildung 4.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage

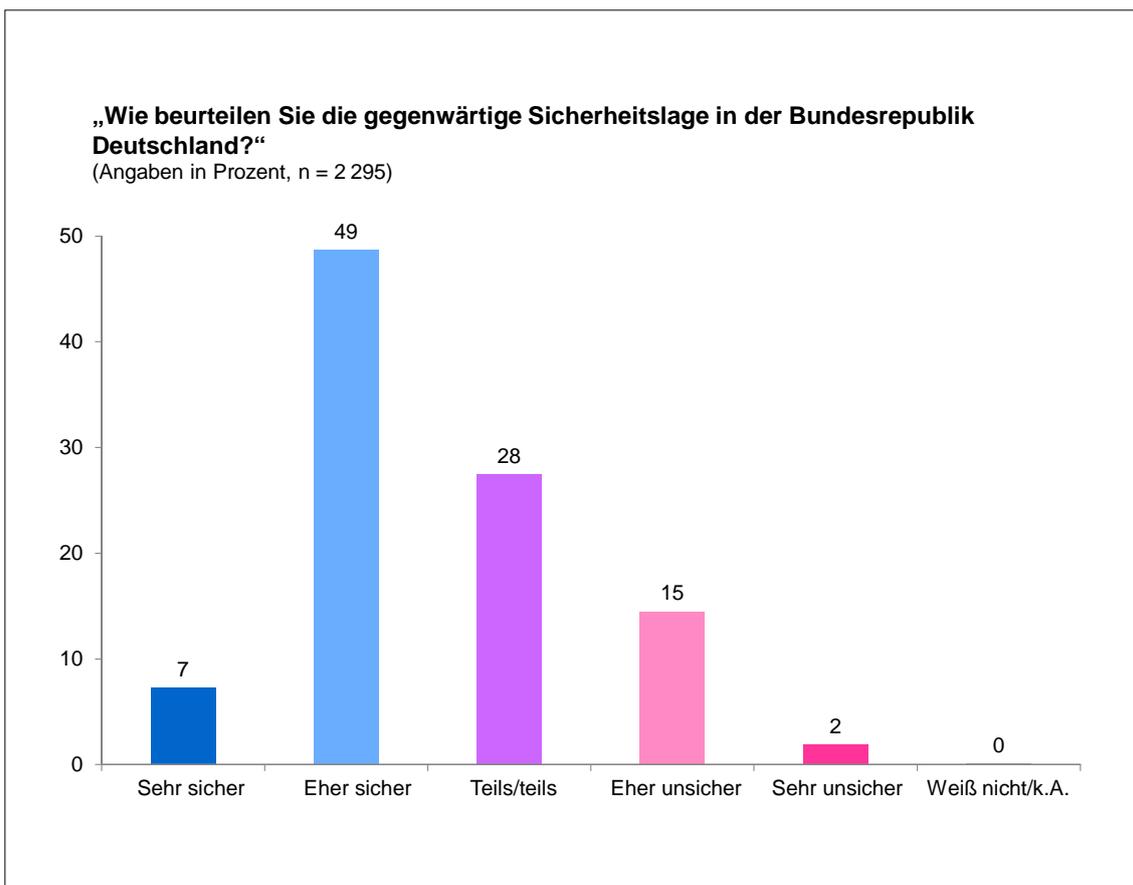


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die weltweite Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger differenziert wahrgenommen (vgl. Abbildung 4.1). Nur etwa zwei von zehn Befragten bewerten die globale Lage als sehr sicher (2 Prozent) oder eher sicher (17 Prozent), etwa die Hälfte meint, die Lage sei eher unsicher (38 Prozent) oder sehr unsicher (14 Prozent). Drei von zehn Befragten sind geteilter Meinung. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, wird die globale Sicherheitslage deutlich unsicherer eingeschätzt. Dabei ist vor allem der Anteil an Befragten, die die Lage als eher unsicher empfinden, angestiegen.⁷

⁷ Veränderungen im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung 2015: „Sehr sicher“ -3 Prozentpunkte, „Eher sicher“ -7 Prozentpunkte, „Teils/teils“ -1 Prozentpunkt, „Eher unsicher“ +15 Prozentpunkte, „Sehr unsicher“ -3 Prozentpunkte.

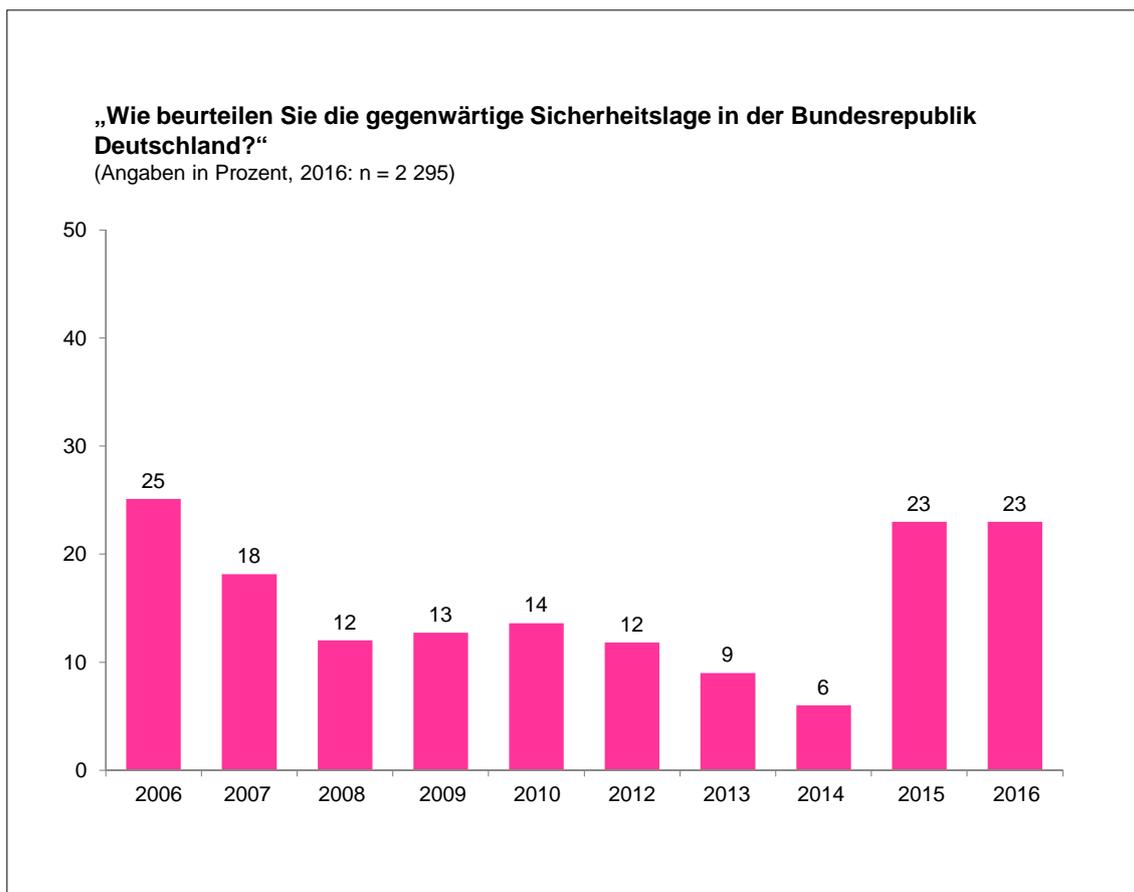
Abbildung 4.2: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Vergleich zur weltweiten Lage wird die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bürgerinnen und Bürger sicherer eingeschätzt (vgl. Abbildung 4.2). Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (49 Prozent) oder sehr sicher (7 Prozent). Im Kontrast dazu meinen 15 Prozent der Bundesbürger, die Lage sei eher unsicher bzw. sehr unsicher (2 Prozent). 28 Prozent der Befragten schätzen die Lage im eigenen Land als teils sicher/teils unsicher ein.

Abbildung 4.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich



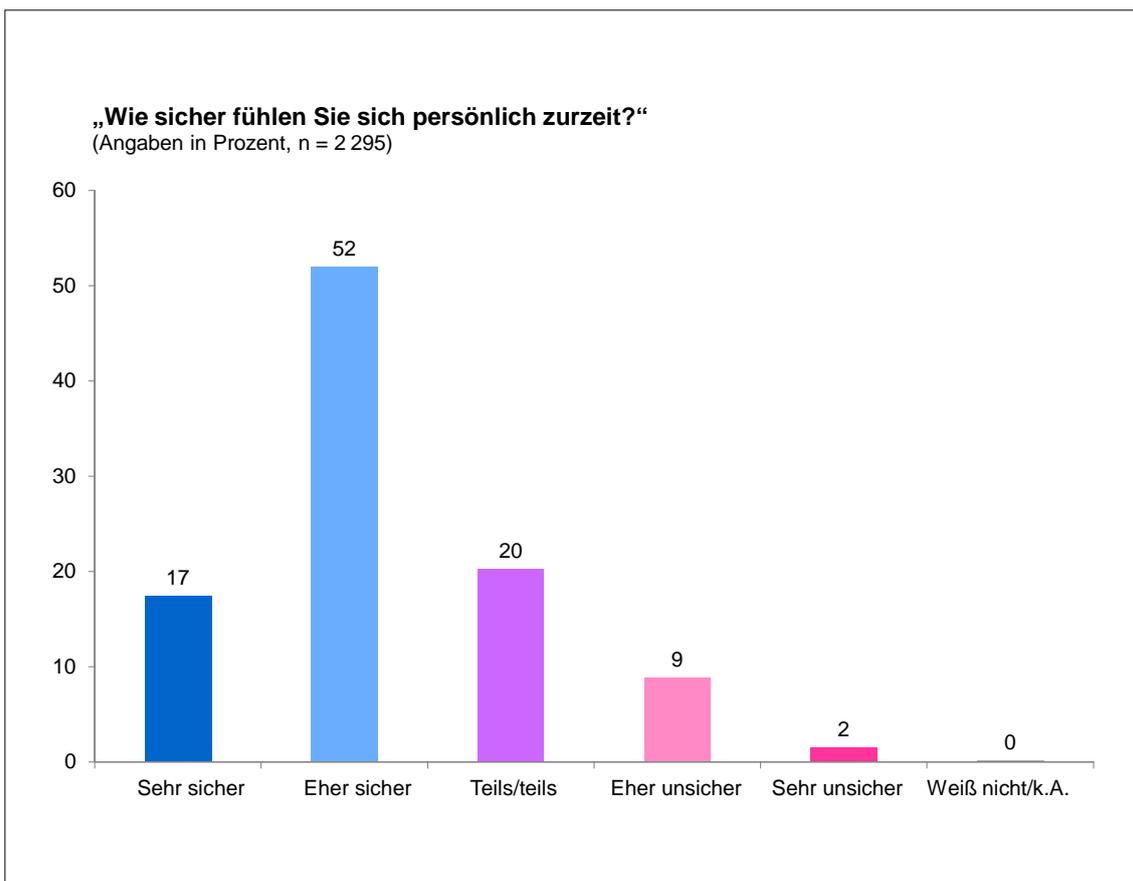
Anmerkungen: Anteile 2006–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet. 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2016.

Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich das subjektive (Un-)Sicherheitsempfinden in Bezug auf die gegenwärtige Sicherheitslage in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert hat (vgl. Abbildung 4.3).⁸ Bei detaillierter Betrachtung aber zeigt sich, dass es in diesem Jahr deutlich weniger Befragte gibt, die die Lage als sehr sicher einschätzen (-8 Prozentpunkte) und dafür mehr, die sie als eher sicher (+9 Prozentpunkte) bewerten.

⁸ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (ab 2014: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für die Jahre 2014, 2015 und 2016 herausgerechnet. Damit gehen noch 2 080 (2014), 1 924 (2015) bzw. 1 661 Befragte (2016) in die Analysen ein. So erklären sich auch die Abweichungen zwischen den Abbildungen 4.2 und 4.3.

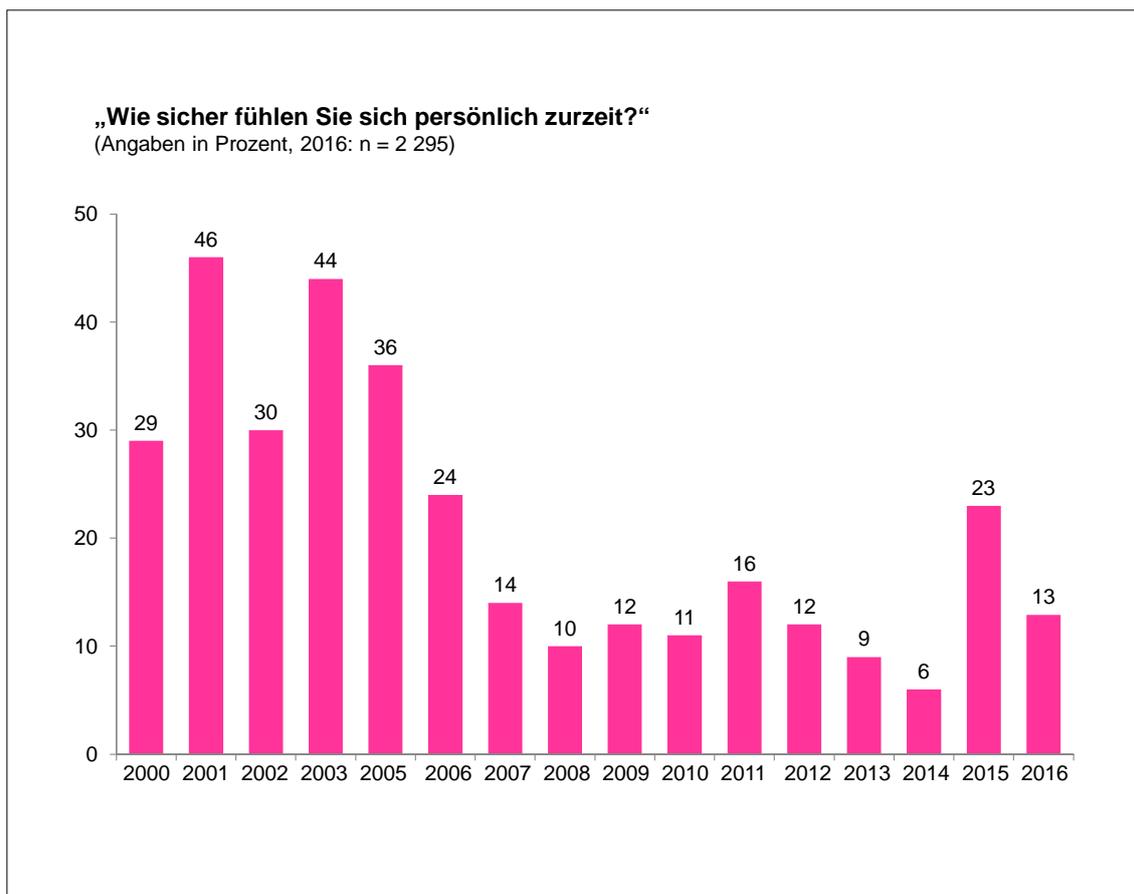
Abbildung 4.4: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Insgesamt überwiegt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 4.4). Etwa sieben von zehn Befragten fühlen sich persönlich sehr (17 Prozent) oder eher sicher (52 Prozent). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsgefühl, und nur wenige fühlen sich persönlich eher (9 Prozent) oder sehr unsicher (2 Prozent).

Abbildung 4.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage im Zeitvergleich



Anmerkung: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Im Gegensatz zur zeitlichen Stabilität bei der Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage ist der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozentpunkte gefallen und erreicht etwa das Niveau von 2012 (vgl. Abbildung 4.5).⁹ Die derzeitigen Krisen bzw. Konflikte inner- und außerhalb Deutschlands scheinen sich im Vergleich zum Vorjahr in einem geringeren Maß im persönlichen Sicherheitsempfinden der Befragten niederzuschlagen.

⁹ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (ab 2014: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für die Jahre 2014, 2015 und 2016 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2 160 (2014), 1 982 (2015) bzw. 1 831 Befragte (2016) ein. So erklären sich auch die Abweichungen zwischen den Abbildungen 4.4 und 4.5.

Tabelle 4.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheitslage

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent)				
	Bedroht ¹	Teils/teils	Nicht bedroht ²	Trifft nicht zu/ W.n./k.A.
Zuwanderung nach Deutschland	52	24	25	0
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	43	25	31	1
Terroranschläge in Deutschland	42	34	24	0
Steigende Preise	40	30	29	0
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	38	32	29	0
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	38	21	37	5
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	33	28	39	0
Kriminalität in meinem Umfeld	30	29	42	0
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	28	33	38	1
Konflikt im Irak und Syrien	28	29	41	1
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	26	27	47	0
Störfall in einem Atomkraftwerk	25	28	46	1
Krieg in Europa	20	29	50	1
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	19	24	53	5
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	19	17	48	17
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	18	26	56	1

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

In der Bevölkerung herrscht ein differenziertes Bewusstsein über die verschiedenen Gefahren, die die eigene Sicherheit bedrohen können (Tabelle 4.1). Die Flüchtlingskrise schlägt sich, wie im Vorjahr, deutlich in den berichteten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nieder. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich persönlich durch die Zuwanderung (52 Prozent, +11 Prozentpunkte zum Vorjahr) nach Deutschland bedroht. Religiösen Fundamentalismus empfinden 43 Prozent als Bedrohung (keine Veränderung zum Vorjahr). Zudem sorgt sich ein Teil der Befragten vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (33 Prozent, -6 Prozentpunkte). Ängste hinsichtlich sozioökonomischer Aspekte wie steigender Preise (40 Prozent, +1 Prozentpunkt), einer unzureichenden finanziellen Absicherung im Alter (38 Prozent, -1 Prozentpunkt) und – in etwas geringem Ausmaß – Arbeitsplatzunsicherheit (19 Prozent, -7 Prozentpunkte) spielen ebenfalls eine Rolle. Auch militärische bzw. kriminelle Gefahren, wie mögliche Terroranschläge in Deutschland (42 Prozent, +11 Prozentpunkte), die Spannungen zwischen dem Westen und Russland (28 Prozent, -2 Prozentpunkte), Kriminalität im eigenen Um-

feld (30 Prozent, +/-0), der Konflikt im Irak und Syrien¹⁰ (28 Prozent) und ein möglicher Krieg in Europa (20 Prozent, +1 Prozentpunkt) werden von einigen Befragten als bedrohlich wahrgenommen. Ökologische Aspekte wie der weltweite Klimawandel durch die globale Erwärmung (38 Prozent, +10 Prozentpunkte), mögliche große Naturkatastrophen (26 Prozent, +5 Prozentpunkte), die weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit bzw. Seuche (18 Prozent, +1 Prozentpunkt) sowie ein potenzieller Störfall in einem Atomkraftwerk (25 Prozent, +9 Prozentpunkte) machen vergleichsweise wenigen Bürgerinnen und Bürgern Sorgen. Insgesamt jedoch ist der Anteil derjenigen, die sich von ökologischen Aspekten bedroht fühlen, im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Einen Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland fürchten nur zwei von zehn Befragten.¹¹

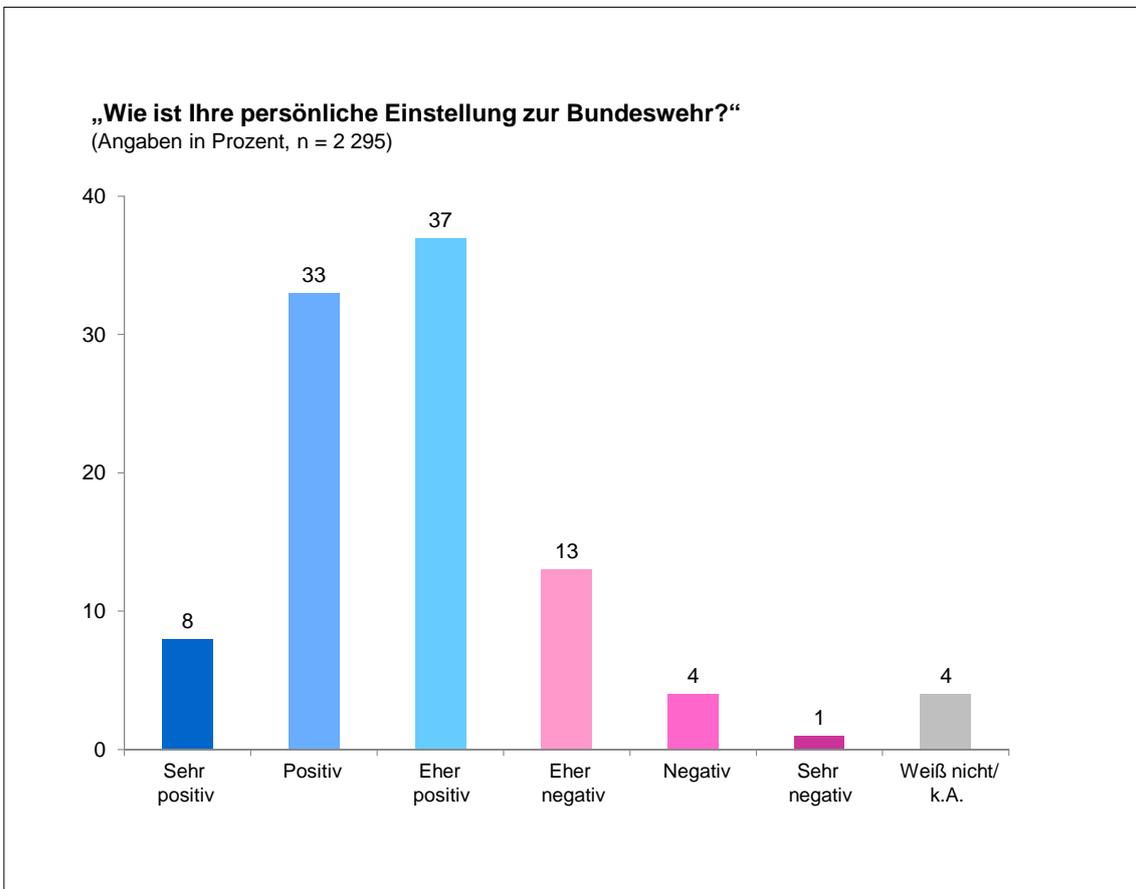
¹⁰ Kein Vergleich zum Vorjahr möglich, da das Item erstmals 2016 abgefragt wurde.

¹¹ Kein Vergleich zum Vorjahr möglich, da das Item erstmals 2016 abgefragt wurde.

5 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

Die Bundeswehr ist als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Gesellschaft und den Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wie die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw seit Jahren belegen, erfährt die Bundeswehr ein stabil hohes Ansehen in der Bevölkerung. Dies bestätigen die Befragungsdaten für 2016. Mit einer Reihe verschiedener Indikatoren werden im Folgenden die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erfasst. Dabei zeigen alle Befunde in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr genießt ein hohes gesellschaftliches Renommee.

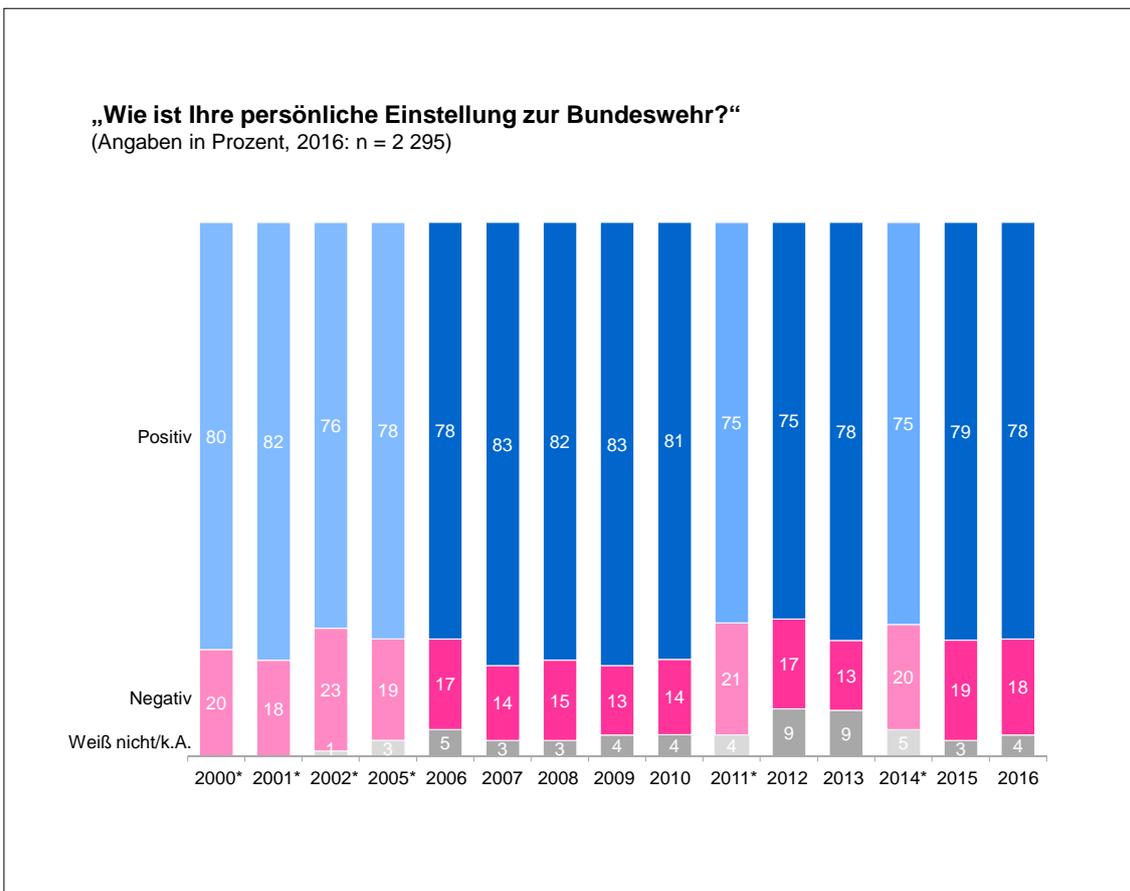
Abbildung 5.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Gefragt nach ihrer persönlichen Haltung äußern sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 5.1). Fast vier Fünftel der Befragten weisen eine positive, 18 Prozent eine negative Einstellung auf.

Abbildung 5.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich

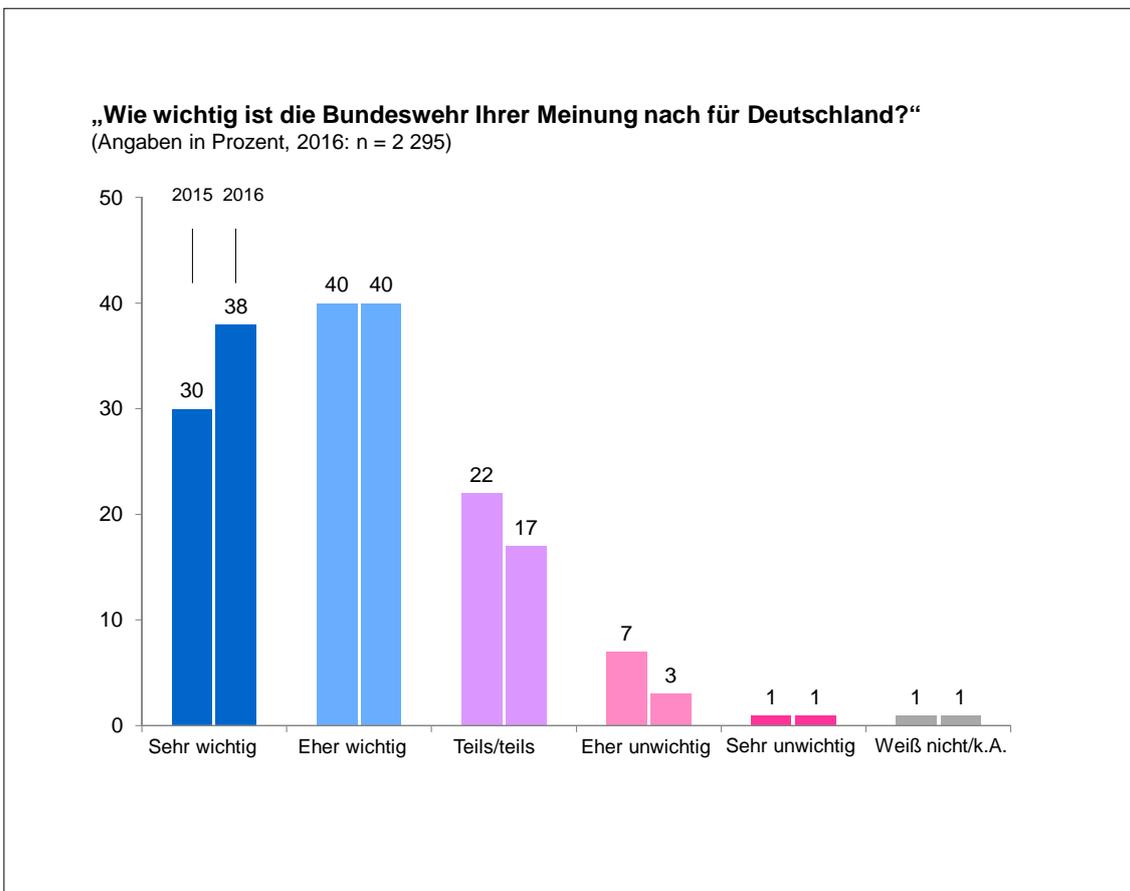


Anmerkung: * Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Wie in den Vorjahren überwiegt der Bevölkerungsanteil mit positiver Haltung zur Bundeswehr deutlich (vgl. Abbildung 5.2). Im Vergleich zu 2015 ist keine substantielle Veränderung der Grundhaltung zur Bundeswehr festzustellen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2000 waren stets mindestens drei Viertel der Befragten der Bundeswehr gegenüber positiv eingestellt und zwischen 13 und 23 Prozent negativ.

Abbildung 5.3: Einschätzung Wichtigkeit der Bundeswehr

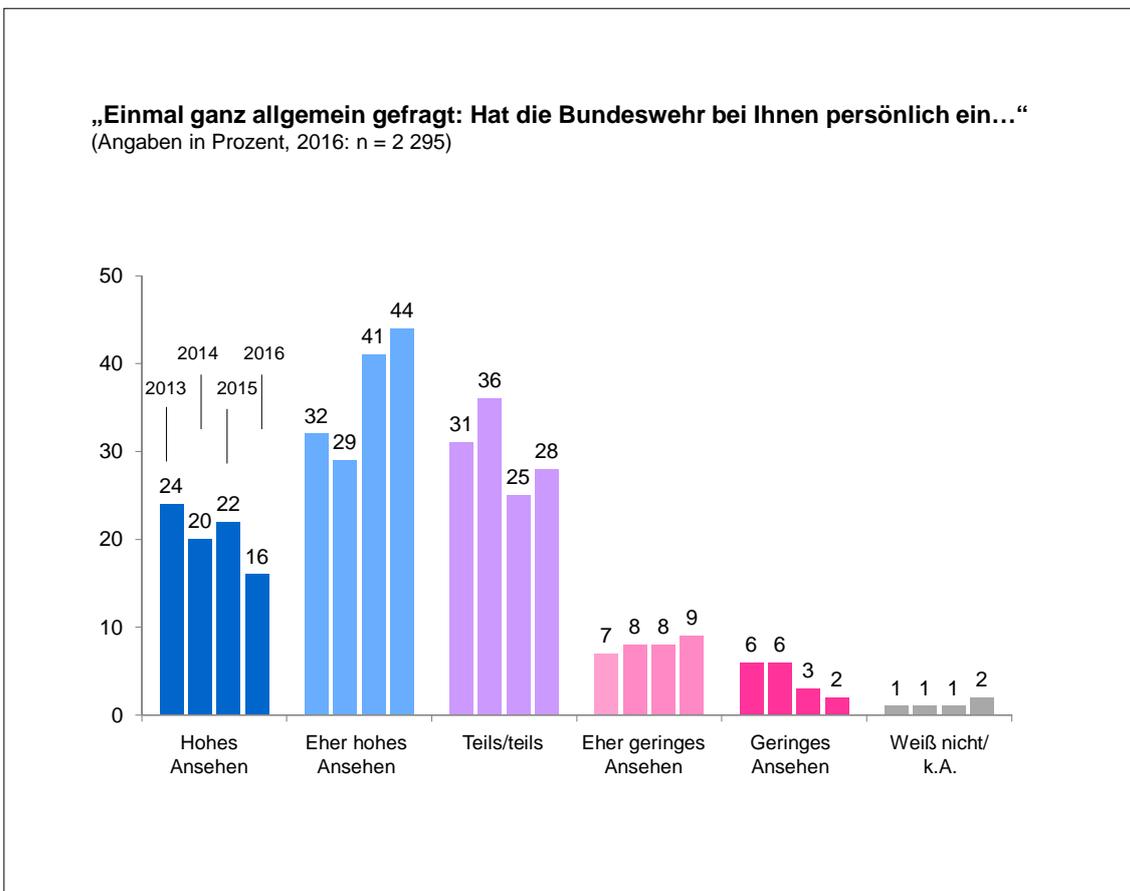


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Nach Einschätzung von fast 80 Prozent der Befragten ist die Bundeswehr für Deutschland wichtig (vgl. Abbildung 5.3). 17 Prozent sind geteilter Meinung. Als (eher oder sehr) unwichtig schätzen nur 4 Prozent die Bundeswehr ein.

Die Veränderungen zum Vorjahr sind auffällig: Der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr als sehr wichtig ansieht, stieg um 8 Prozentpunkte und erreichte damit in etwa den Wert von 2014 (nicht grafisch ausgewiesen). Der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr als eher unwichtig empfinden, sank um 4 Prozentpunkte.

Abbildung 5.4: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich



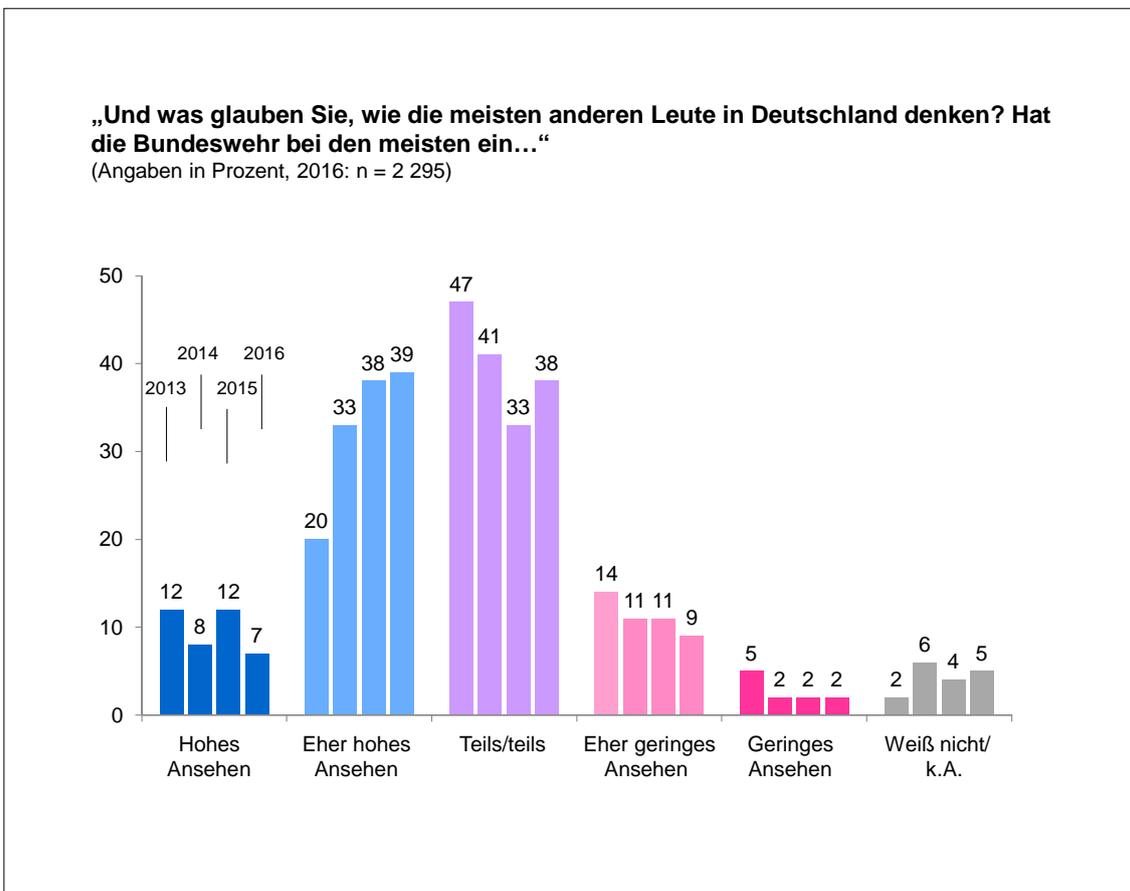
Anmerkungen: 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2016.

Die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen (vgl. Abbildung 5.4). 60 Prozent der Befragten äußerten sich entsprechend. Bei 11 Prozent der Befragten hat die Bundeswehr ein (eher) geringes Prestige. Nahezu 30 Prozent wählen die Mittelkategorie.

Im Vergleich zu 2015 zeigt sich ein Rückgang des Anteils der Personen, bei denen die Bundeswehr ein hohes Ansehen hat. Gleichzeitig nimmt der Anteil derjenigen leicht zu, bei denen die Bundeswehr weder ein hohes noch ein geringes Ansehen genießt.

Abbildung 5.5: Gesellschaftliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich



Anmerkungen: 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Und was meinen Sie, wie hoch ist das Ansehen der Bundeswehr in unserer Gesellschaft?“

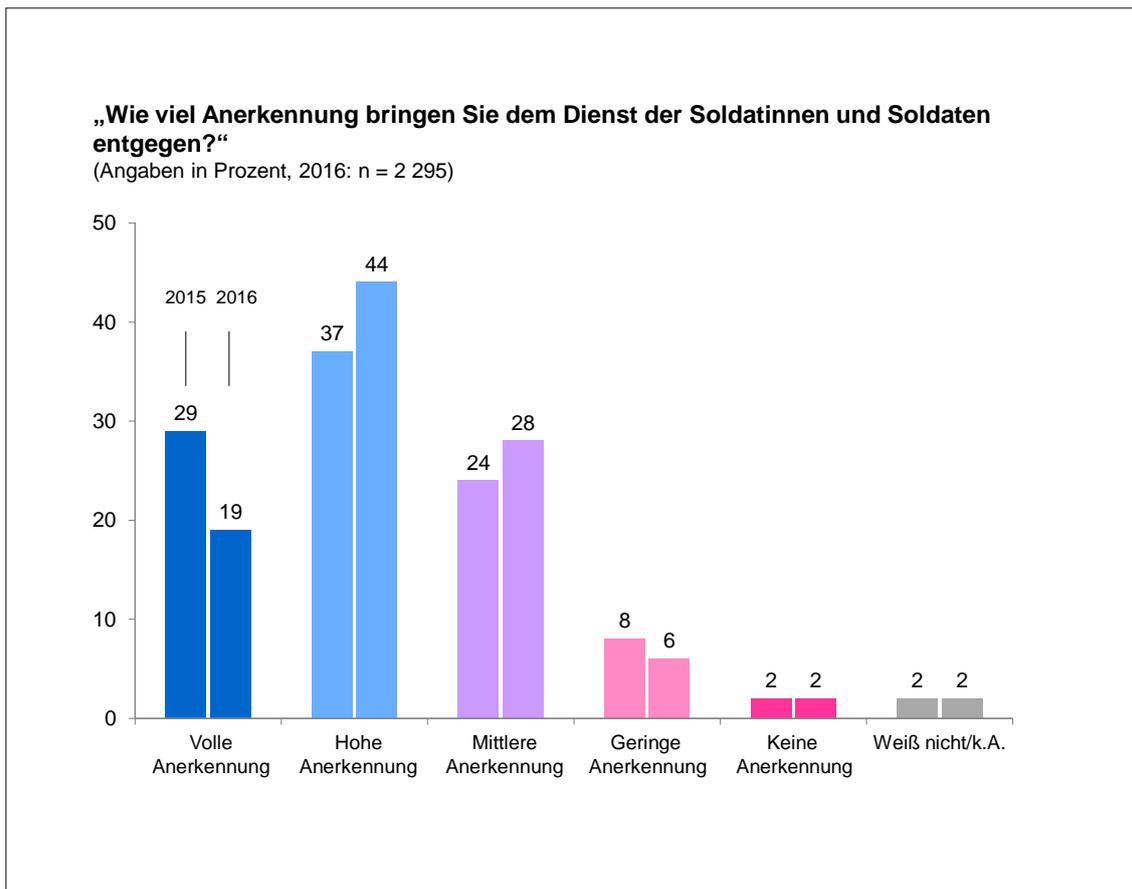
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2016.

Gefragt nach ihrer Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr ergeben sich Differenzen zwischen den aus den persönlichen Bewertungen aggregierten Einstellungen der Befragten und ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas (vgl. Abbildungen 5.4 und 5.5). Die Bundeswehr ist in der persönlichen Bewertung der Bürger angesehener als im wahrgenommenen Meinungsklima. So können nur 46 Prozent der Befragten ein für die Bundeswehr positives gesellschaftliches Renommee erkennen. Im Gegensatz dazu steht aber bei 60 Prozent der Befragten persönlich die Bundeswehr in einem hohen Ansehen (vgl. Abbildung 5.4).

Die Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr unterliegt in den letzten Jahren gewissen Schwankungen (vgl. Abbildung 5.5). Diese nehmen jedoch keinen eindeutigen Verlauf. So erreicht der Anteil derjenigen, die das gesellschaftliche Prestige als sehr hoch ansehen, den niedrigsten Wert seit 2013. Der Anteil der Befragten, die das gesellschaftliche Renommee als eher hoch betrachten, bleibt hingegen

stabil. Eine leicht rückläufige Tendenz ist bei den Befragten zu erkennen, die das gesellschaftliche Ansehen als (eher) niedrig wahrnehmen.

Abbildung 5.6: Persönliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich

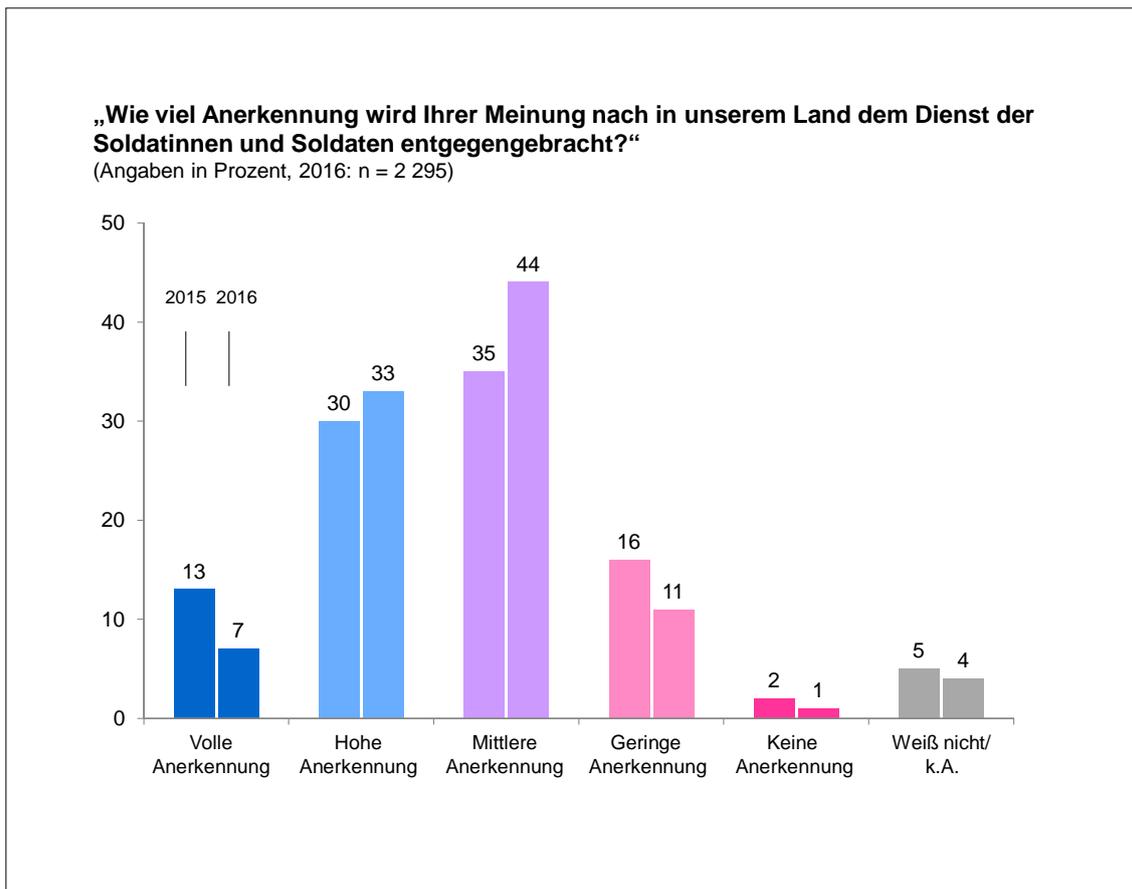


Anmerkungen: Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt. Die vollständigen Ausprägungen lauten: „Ein hohes Maß an Anerkennung“, „Ein mittleres Maß an Anerkennung“, „Ein geringes Maß an Anerkennung“. Die beiden übrigen Antworten sind unverändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Ein ähnlich uneinheitliches Bild wie für das Ansehen der Bundeswehr ergibt sich mit Blick auf die Anerkennung für den soldatischen Dienst (vgl. Abbildung 5.6): Bei fast zwei Dritteln der Bevölkerung erfährt dieser volle oder hohe Anerkennung. Geringe oder keine Anerkennung bringt dem soldatischen Dienst nur jeder zwölfte Befragte entgegen. Dabei sind im Vergleich zum Vorjahr Verschiebungen zwischen den Kategorien festzustellen. Mit 10 Prozentpunkten besonders stark ist die Abnahme des Anteils derjenigen, die ihre volle Anerkennung für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten zum Ausdruck bringen.

Abbildung 5.7: Gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten

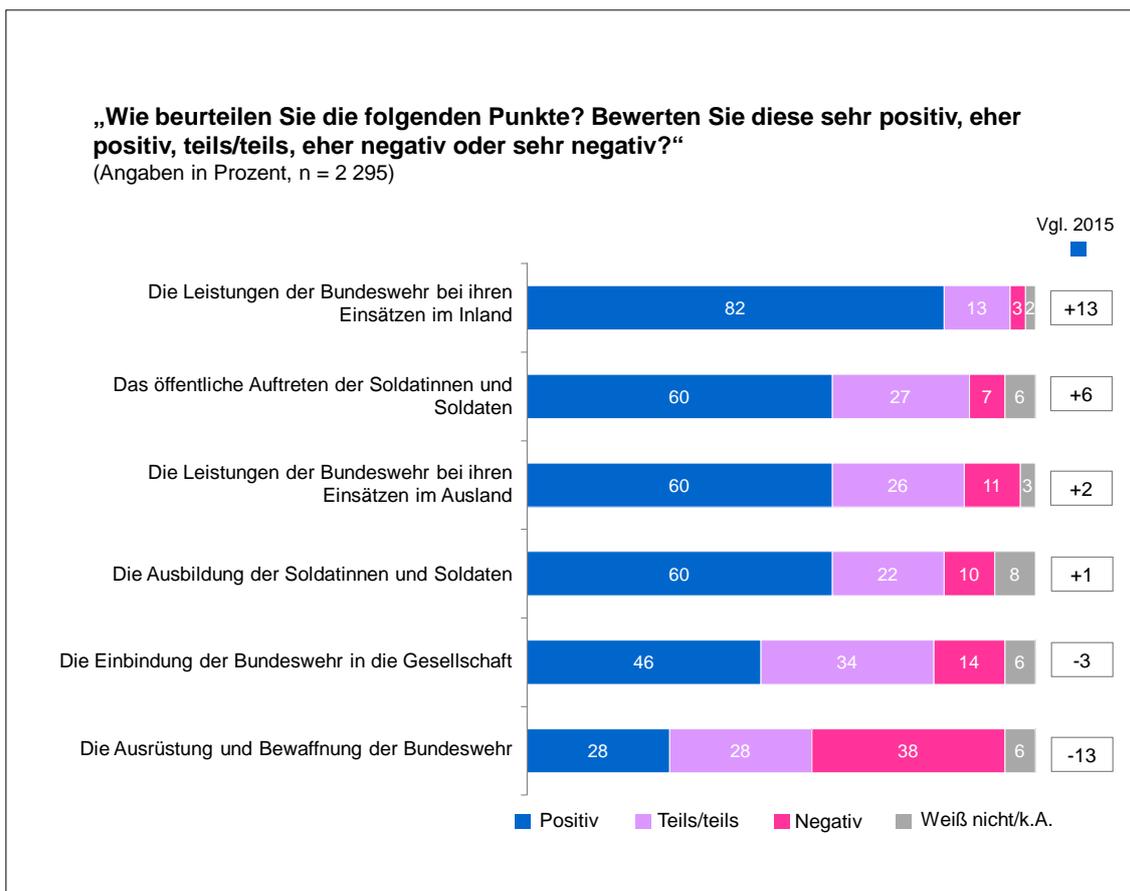


Anmerkung: Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 5.6.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Wie bei den Fragen zum Ansehen der Bundeswehr insgesamt wurde für die Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten abgefragt, wie es neben der persönlichen um die gesellschaftliche Anerkennung bestellt ist (vgl. Abbildung 5.7). Hier sind die Unterschiede gravierend: Während fast zwei Drittel der Befragten ihre persönliche Anerkennung für den soldatischen Dienst bekunden, sehen nur 40 Prozent der Befragten einen entsprechenden Zuspruch bei allen Bürgerinnen und Bürgern. Aufgrund abweichender Stimuli, Frageformulierungen und Antwortvorgaben sowie fehlender Erklärungsgrößen kann aus den Daten heraus nicht bestimmt werden, ob die auftretenden Differenzen in den Einstellungen zur Bundeswehr und zum soldatischen Dienst methodisch bedingt oder substantiell sind.

Abbildung 5.8: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr



Anmerkung: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst.

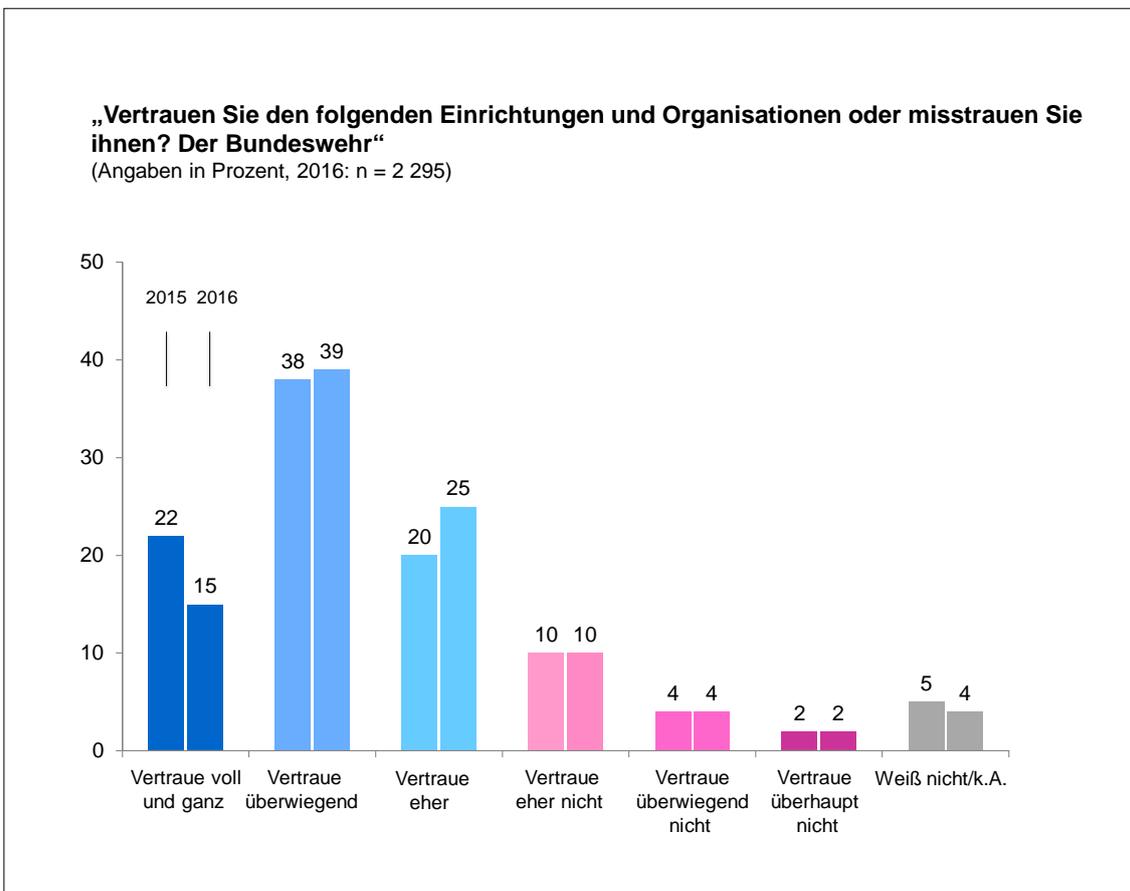
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Die Bürgerinnen und Bürger bringen verschiedenen Aspekten und Leistungen der Bundeswehr ihre Wertschätzung entgegen (vgl. Abbildung 5.8). Mit 82 Prozent am positivsten werden die Leistungen der Bundeswehr im Inland angesehen. Der erhebliche Anstieg seit 2015 steht im zeitlichen Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe. Weit überwiegend positiv werden das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten, ihre Leistungen in den Auslandseinsätzen und ihre Ausbildung mit jeweils 60 Prozent bewertet.

Etwas kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit weniger als 50 Prozent Zustimmung aus – wobei offenbleibt, ob dies als Versäumnis der Streitkräfte oder als gesellschaftliches Manko verstanden wird. Deutlich negativer und mit erheblichen Verschlechterungen im Vergleich zum Vorjahr bewerten die Bürgerinnen und Bürger Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. Nur noch ein gutes Viertel der Befragten schätzt diese als positiv und fast 40 Prozent schätzen sie als nega-

tiv ein. Damit ist die Debatte um den Ausrüstungsstand der Streitkräfte mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen.

Abbildung 5.9: Vertrauen in die Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraut der Bundeswehr (vgl. Abbildung 5.9). Knapp 80 Prozent äußern sich entsprechend. Misstrauen hegen hingegen nur 16 Prozent. Dies ist ein bemerkenswert hoher Zuspruch an Vertrauen, dessen Wert noch deutlicher wird, wenn man ihn in Bezug zu anderen Institutionen setzt.

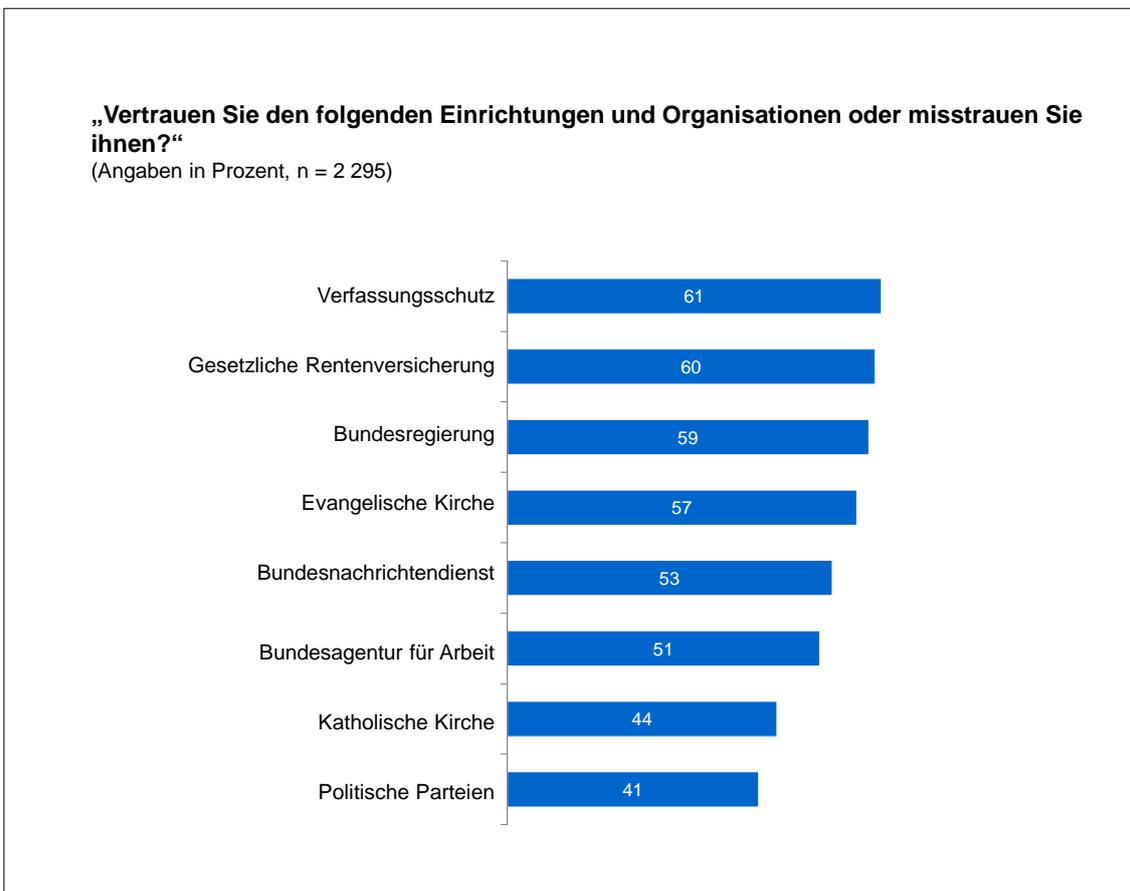
Abbildung 5.10: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 1



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die Bundeswehr ist eine der Organisationen, die das stärkste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erfährt (vgl. Abbildung 5.10). Nur die Polizei und die öffentlichen Schulen genießen mehr, das Bundeskriminalamt ein vergleichbares Vertrauen.

Abbildung 5.11: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 2

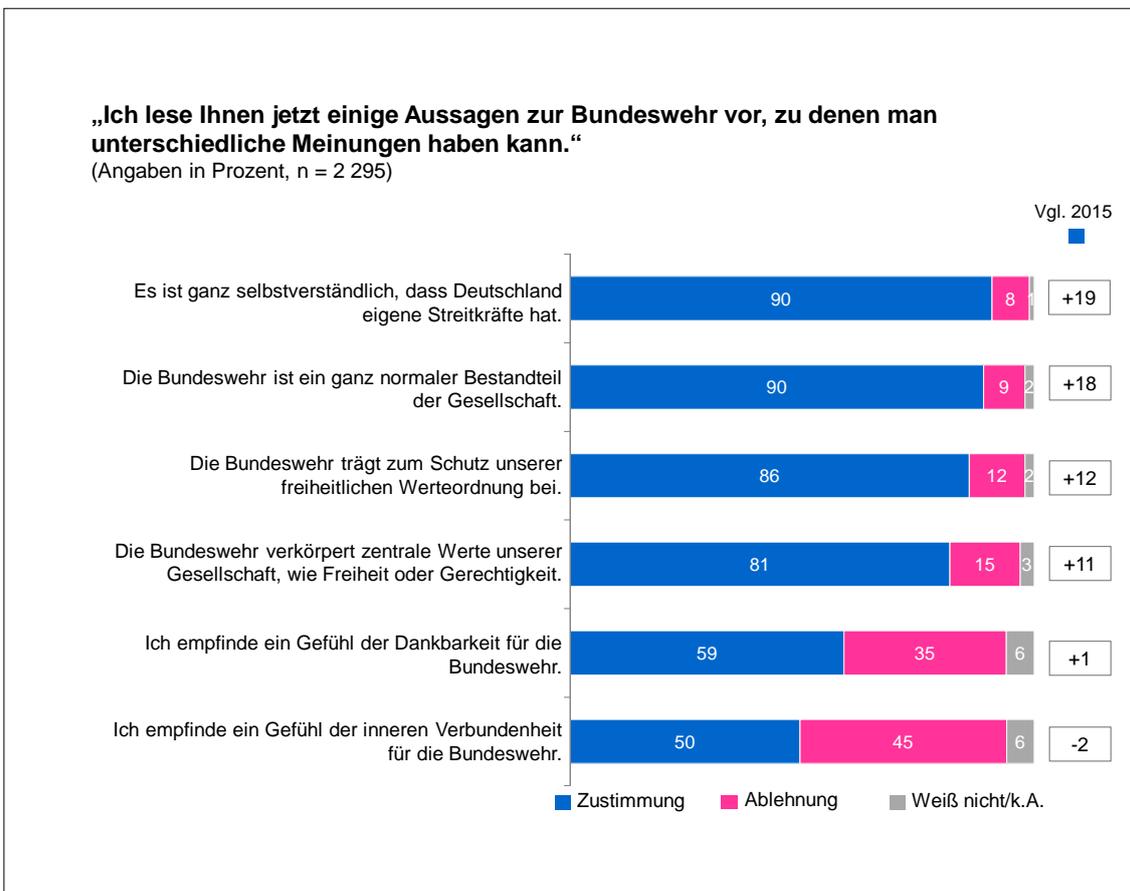


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Der Bundeswehr schenkt die Bevölkerung ein größeres Vertrauen als vielen der etablierten Institutionen aus verschiedenen Sektoren (vgl. Abb. 5.11). Einschränkend ist anzumerken, dass die Vertrauenszusprüche der dies- und letztjährigen Bevölkerungsbefragung des ZMSBw für die meisten Institutionen über dem Niveau liegen, das andere Erhebungen ausweisen. Mit dem vorhandenen Datenmaterial ist nicht abschließend zu klären, worauf dieser generelle hohe Vertrauenszuspruch zurückzuführen ist.

Von dieser Einschränkung unbenommen ist jedoch die Abstufung des Vertrauenszuspruchs zu den diversen Organisationen: Seit Jahren nimmt die Bundeswehr – wie andere Untersuchungen bestätigen – einen Spitzenplatz im Vertrauensranking der öffentlichen Einrichtungen ein.

Abbildung 5.12: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

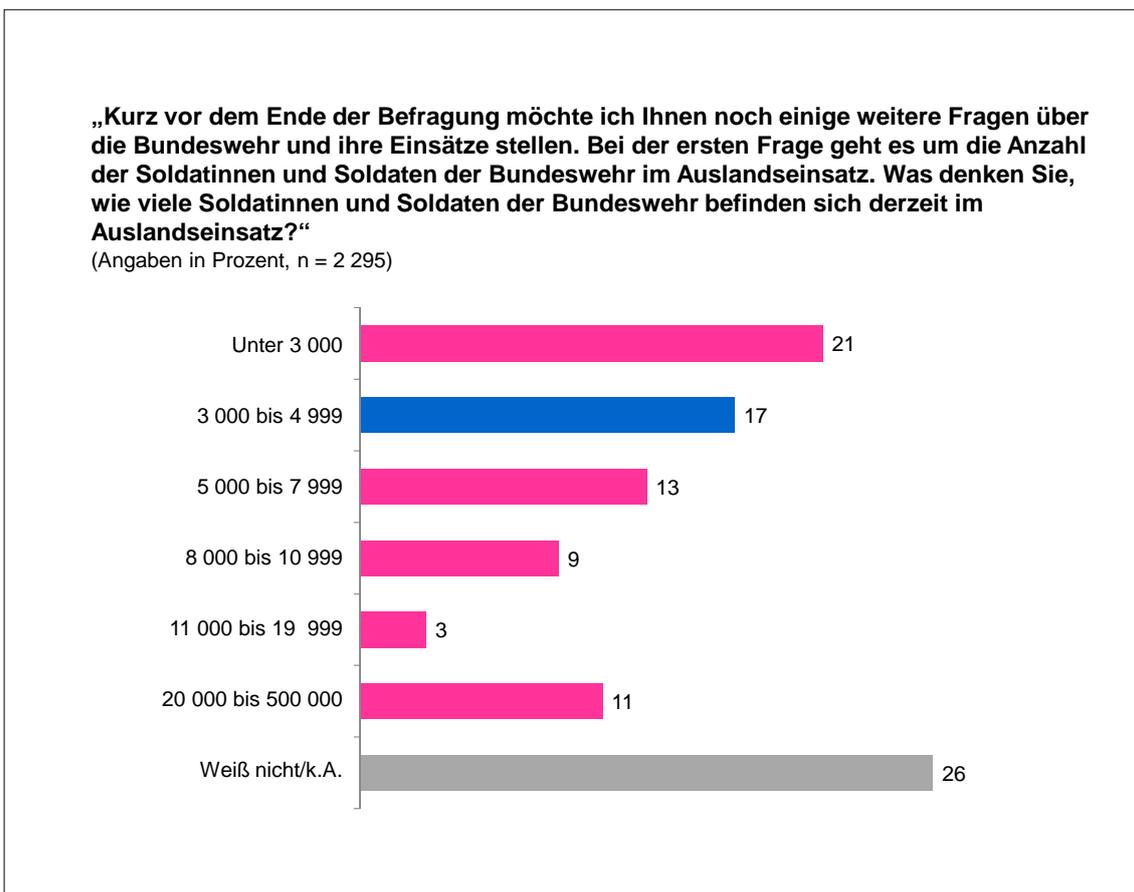
Für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ist es selbstverständlich, dass die Bundesrepublik Streitkräfte hat und dass diese ein normaler Bestandteil der Gesellschaft sind. (vgl. Abbildung 5.12). Zurückzuführen ist dies auf den Eindruck, dass die Bundeswehr zum Schutz des Gemeinwesens beiträgt und dabei zentrale Werte des Staates repräsentiert. Hinsichtlich dieser funktionalen Aspekte zeigt sich ein erheblicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.

Die affektive Verbindung zu den Streitkräften unterliegt hingegen keiner Veränderung. 59 Prozent der Befragten empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit ihr gegenüber, die Hälfte hat ein Gefühl der inneren Verbundenheit.

6 Verteidigungspolitisches Wissen

Zum ersten Mal seit 2009 enthielt die diesjährige Bevölkerungsbefragung des ZMSBw einige Fragen zum verteidigungspolitischen Wissen der Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt wurden sechs Fragen am Ende des inhaltlichen Teils des Interviews gestellt. Von diesen waren zwei offen, d.h. es gab keine Vorgaben für die Antworten der Befragten. Vier Fragen waren geschlossen, es konnte aus jeweils vier vorgegebenen Antworten eine ausgewählt werden.

Abbildung 6.1: Wissen Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz

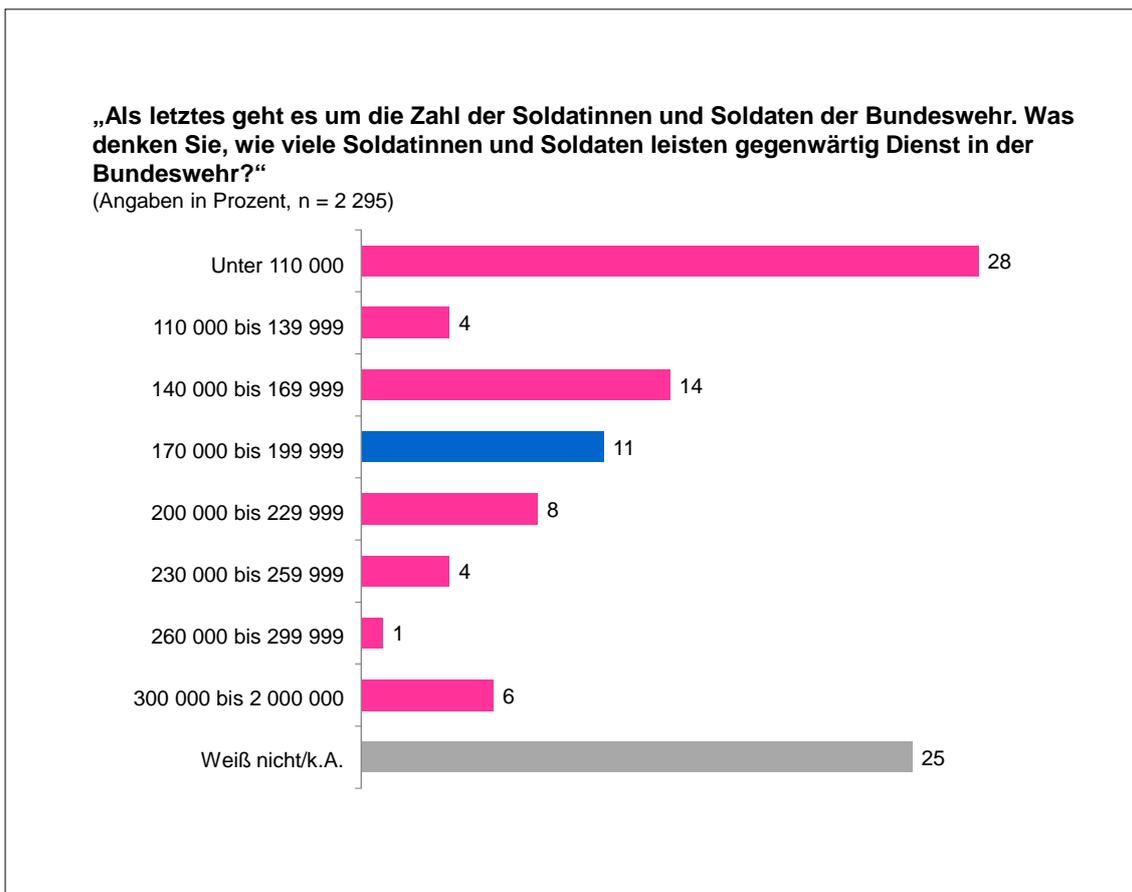


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

In der ersten offenen Frage sollten die Befragten angeben, wie viele Soldatinnen und Soldaten sich zum Zeitpunkt der Umfrage im Auslandseinsatz befanden. Da sich die Zahl der im Einsatz befindlichen Soldaten kontinuierlich verändert und nicht davon auszugehen ist, dass die Befragten die genaue Zahl kennen, wurden die Antworten in Kategorien zusammengefasst. Laut der Übersichtsstatistik bei www.bundeswehr.de wa-

ren zum 30. Mai 2016 3 621 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz. Alle Antworten zwischen 3 000 und 4 999 wurden deshalb als richtig gewertet. Abbildung 6.1 zeigt, dass weniger als jeder fünfte Befragte (17 Prozent) eine zutreffende Vorstellung von der Zahl der im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten hat. 21 Prozent denken, dass weniger als 3 000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sind, 36 Prozent überschätzen die Zahl, davon 11 Prozent (20 000 bis 500 000 Soldaten) sogar deutlich. 26 Prozent der Befragten geben keine Schätzung ab.

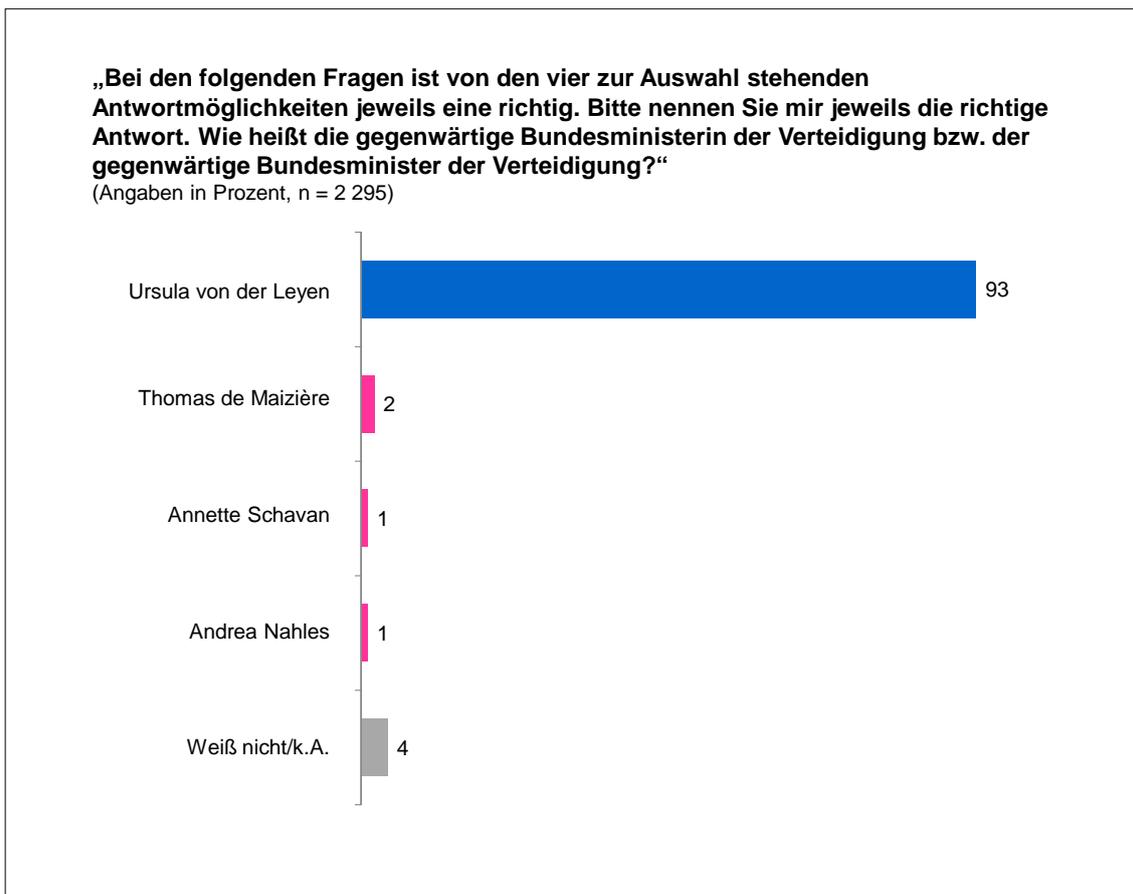
Abbildung 6.2: Wissen Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Noch weniger Wissen ist im Hinblick auf die zweite offene Frage vorhanden. Die Befragten sollten dabei angeben, wie viele Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst in der Bundeswehr leisten. Die Personalstärke zum Zeitpunkt der Befragung betrug laut www.bundeswehr.de 177 568 (Stand 26.05.2016). Da es sein kann, dass die Befragten bei dieser Frage eher an die Sollstärke der Bundeswehr von 185 000 denken, wurden Angaben in einem relativ breiten Intervall zwischen 170 000 und 199 999 als richtige Antwort gewertet. Nur 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger schätzen die Personalstärke der deutschen Streitkräfte richtig ein (vgl. Abbildung 6.2). Mehr als ein Viertel (28 Prozent) unterschätzt die Zahl der Soldatinnen und Soldaten deutlich (Nennungen bis 110 000). 4 Prozent ordnen die Stärke zwischen 110 000 und 139 999 ein. 14 Prozent liegen mit einer Schätzung zwischen 140 000 und 169 999 relativ nah am richtigen Wert. Insgesamt 19 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Befragung überschätzen die Stärke der Bundeswehr. 6 Prozent haben völlig überhöhte Vorstellungen (300 000 bis 2 000 000 Soldatinnen und Soldaten). Auch bei dieser Frage traut sich ein Viertel der Befragten nicht, eine Einschätzung abzugeben.

Abbildung 6.3: Wissen Bundesministerin/Bundesminister der Verteidigung



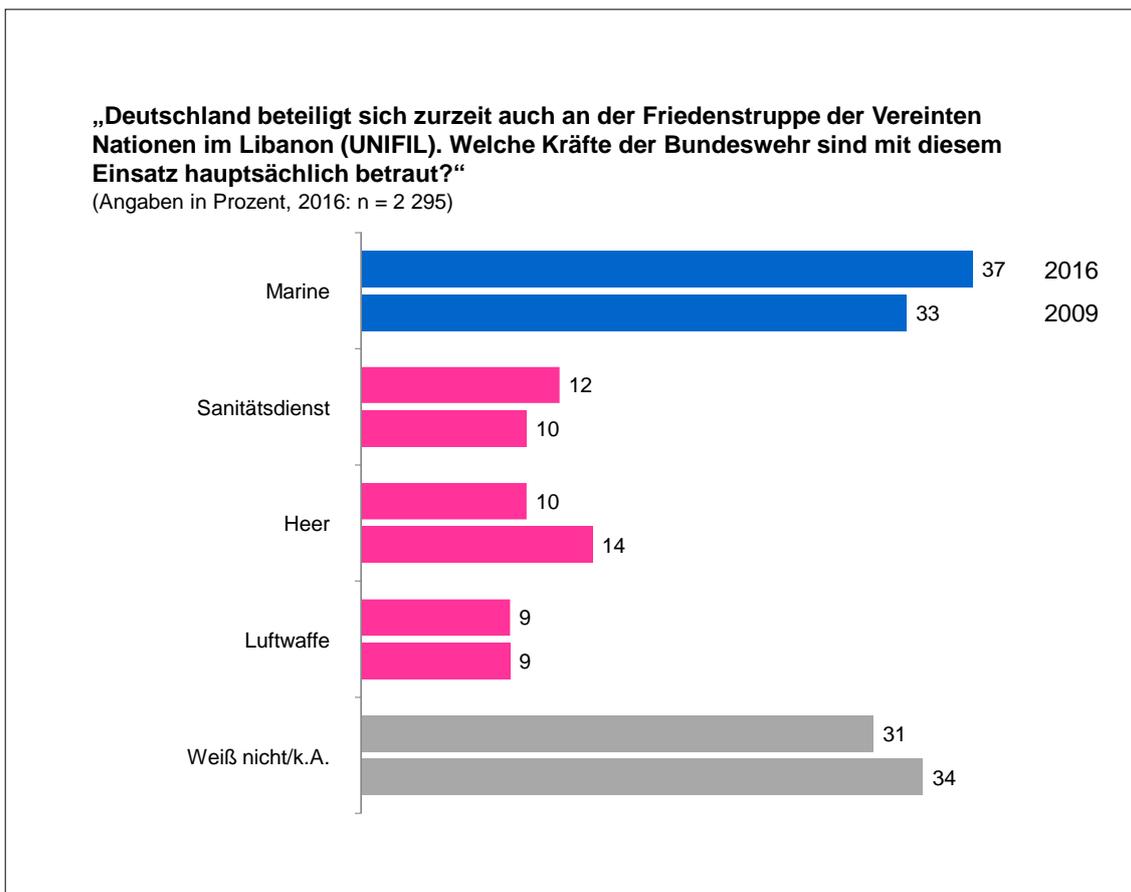
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Bei den vier geschlossenen Fragen zeigt sich ein deutlich höheres Ausmaß an Wissen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings ist es ein durchgehender Befund der Forschung, dass es Befragten deutlich leichter fällt, korrekte Antworten zu geben bzw. sich daran zu erinnern, wenn Wissen „gestützt“ mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten abgefragt wird und eine Möglichkeit auszuwählen ist. Als erste geschlossene Frage wurden die Bürgerinnen und Bürger nach dem Namen der gegenwärtigen Bundesministerin bzw. des Bundesministers der Verteidigung gefragt (vgl. Abbildung 6.3). 93 Prozent wissen, dass Ursula von der Leyen dieses Amt innehat. 2 Prozent gehen davon aus, dass nach wie vor Thomas de Maizière Verteidigungsminister ist, 1 Prozent nennen Annette Schavan oder Andrea Nahles. 4 Prozent geben keine gültige Antwort ab. Nahezu alle Befragten können demnach die Verteidigungsministerin richtig benennen.

Im Vergleich dazu konnten in der Bevölkerungsbefragung 2009 lediglich 54 Prozent korrekt angeben, dass der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung war. Dies ist einerseits überraschend, da Jung zum damaligen Zeitpunkt seit fast vier Jahren Minister war. Andererseits wechselte Jung während des Erhebungszeitraums der Befra-

gung 2009 (28.09. bis 14.11.2009) vom Verteidigungsministerium ins Arbeits- und Sozialministerium und Karl Theodor zu Guttenberg wurde neuer Bundesminister der Verteidigung, so dass es einigen Befragten schwer gefallen sein dürfte, eine korrekte Antwort zu geben.

Abbildung 6.4: Wissen Teilstreitkraft UNIFIL-Einsatz



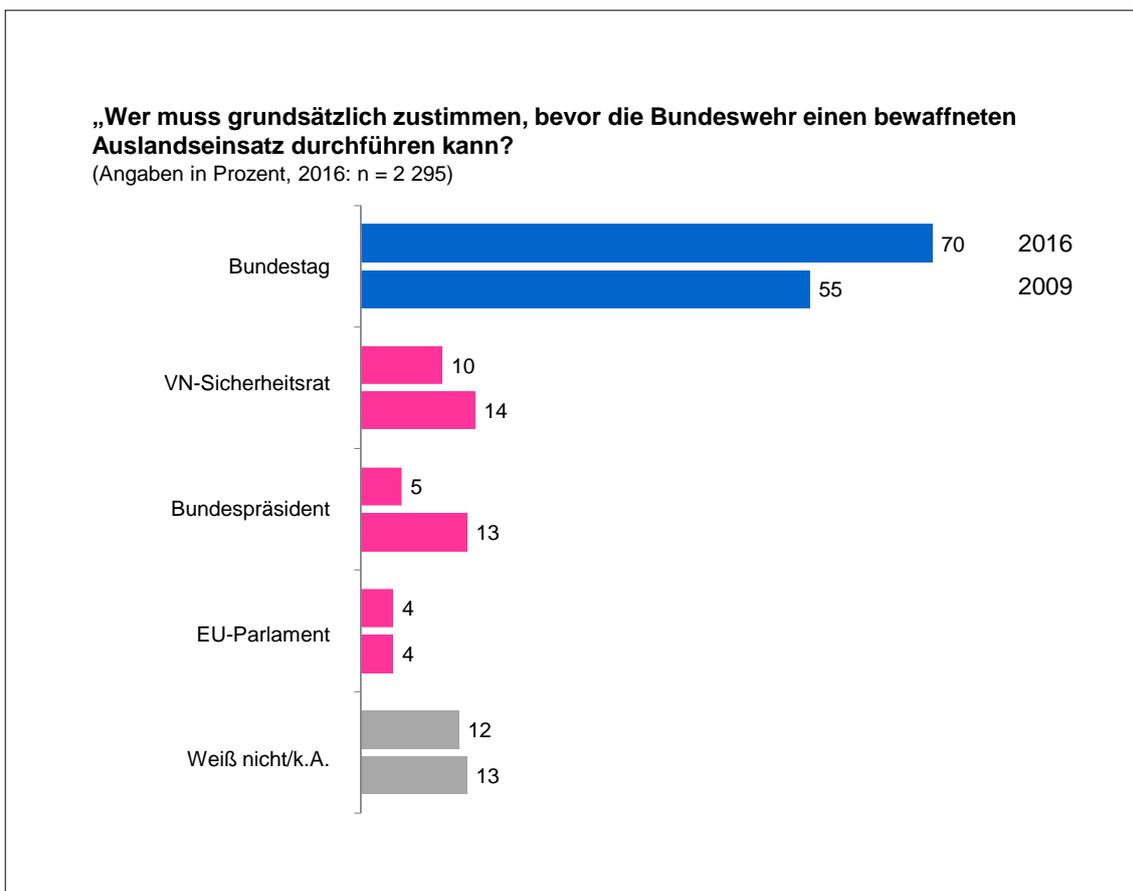
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2009 und 2016.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung wurden ferner nach ihrem Wissen zu einem konkreten Einsatz gefragt. Sie sollten angeben, welche Kräfte der Bundeswehr hauptsächlich mit dem UNIFIL-Einsatz betraut sind. Die Antworten zu dieser Frage sind besonders interessant, da die Befragten bereits vorher im Interview im Rahmen der Fragen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr erfahren hatten, dass es sich beim UNIFIL-Einsatz hauptsächlich um eine Mission der Marine handelt (siehe Abschnitt 12). Abbildung 6.4 zeigt, dass 37 Prozent der Befragten eine richtige Antwort geben. Sanitätsdienst, Luftwaffe und Heer werden von jeweils 9 bis 12 Prozent der Befragten als die Hauptträger dieses Einsatzes genannt. Fast ein Drittel (31 Prozent) gibt keine substantielle Antwort.

Bei dieser Frage kann ebenfalls mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2009 verglichen werden. Es zeigt sich eine leichte Zunahme des Wissens (um 4 Prozentpunkte) und eine leichte Abnahme des Anteils derjenigen, die keine gültige Antwort geben (um 3 Prozentpunkte). In Anbetracht der langen Laufzeit des UNIFIL-Einsatzes sind diese Ver-

schiebungen allerdings gering und zeigen, dass dieser Einsatz nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit steht (siehe auch Abschnitt 12).

Abbildung 6.5: Wissen Zustimmung Bundestag für Auslandseinsätze der Bundeswehr

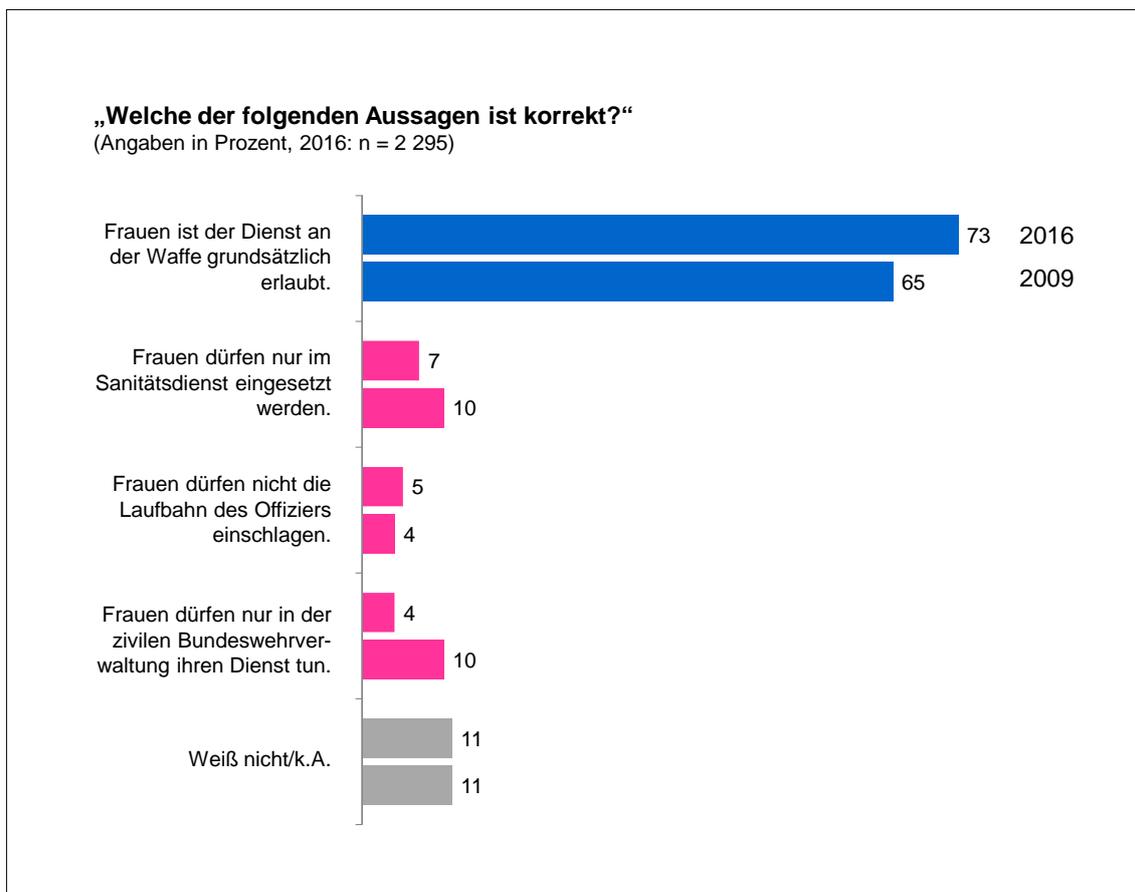


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2009 und 2016.

Eine weitere Wissensfrage zielte darauf ab zu erfahren, ob die Bürgerinnen und Bürger die grundgesetzlichen Entscheidungsrechte des Bundestages bei Beschlüssen über bewaffnete Auslandseinsätze kennen. Mehr als zwei Drittel der Befragten (70 Prozent) geben korrekt an, dass der Bundestag allen Auslandseinsätzen zustimmen muss (vgl. Abbildung 6.5). 10 Prozent der Befragten nennen den VN-Sicherheitsrat, 5 Prozent führen den Bundespräsidenten und 4 Prozent das EU-Parlament an. 12 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geben keine substantielle Antwort.

Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2009 zeigt sich ein deutlicher Zuwachs des Wissens bei dieser Frage. 2009 konnten nur 55 Prozent der Bürgerinnen und Bürger korrekt angeben, dass der Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen muss. Damals nannte noch fast jeder siebte Befragte entweder den VN-Sicherheitsrat oder den Bundespräsidenten als die entscheidende Institution. Dieser Wissenszuwachs spiegelt den Lernprozess der Bürgerinnen und Bürger im Zuge der wiederholten Mandatierung von Bundeswehreinsätzen durch den Bundestag wider.

Abbildung 6.6: Wissen Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr

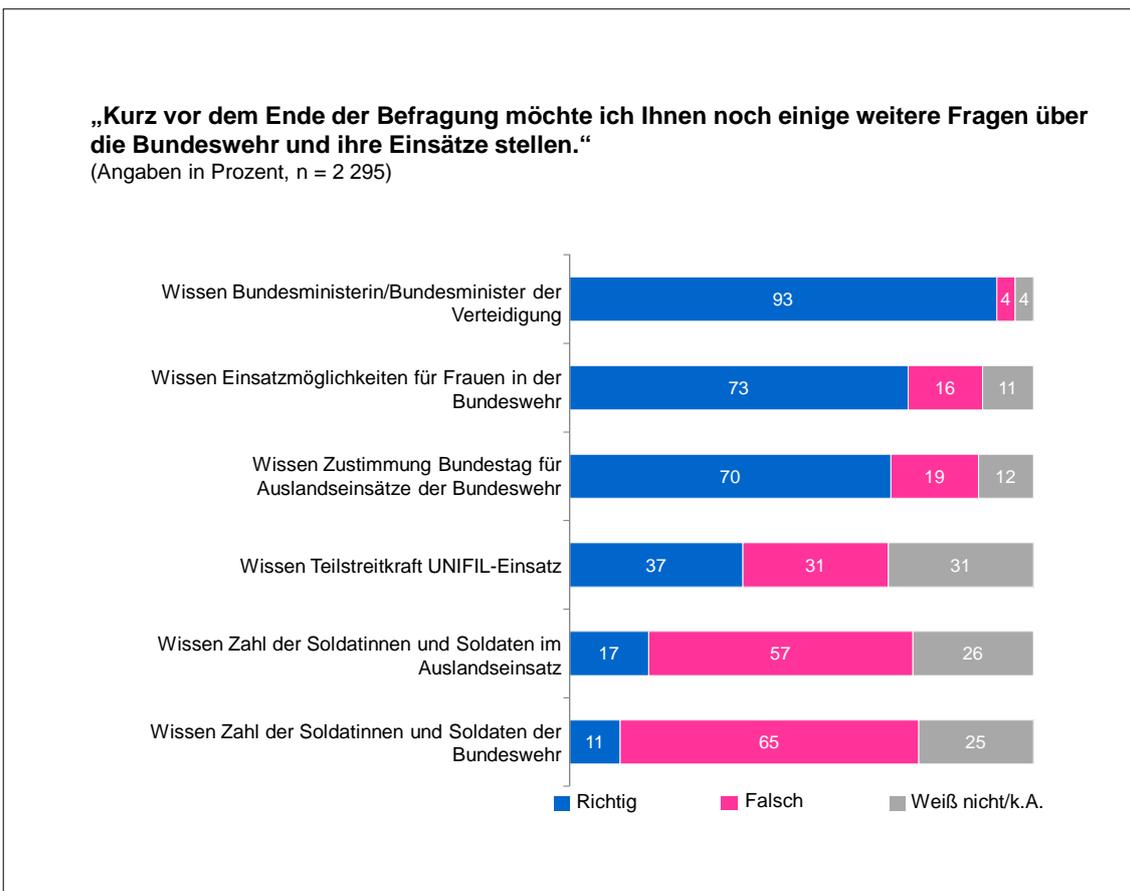


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2009 und 2016.

Die letzte geschlossene Frage konzentrierte sich auf das Wissen um die Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr. 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger konnten richtig angeben, dass Frauen der Dienst an der Waffe grundsätzlich erlaubt ist (vgl. Abbildung 6.6). 7 Prozent denken, dass Frauen nur im Sanitätsdienst eingesetzt werden dürfen, 5 Prozent sind der Auffassung, dass ihnen die Laufbahn des Offiziers nicht offensteht, und 4 Prozent meinen, dass sie nur in der zivilen Bundeswehrverwaltung arbeiten dürfen. Etwas mehr als jeder Zehnte gibt keine substantielle Antwort auf diese Frage. Auch 15 Jahre nach der Entscheidung, alle militärischen Laufbahnen für Frauen freizugeben, ist dieser grundlegende Paradigmenwechsel also mehr als einem Viertel der Bürgerinnen und Bürger nicht bekannt.

Vergleicht man die Ergebnisse für 2016 mit denen der Befragung aus dem Jahr 2009, konnten damals nur 65 Prozent der Bürgerinnen und Bürger eine korrekte Antwort geben. Es zeigt sich also ein Wissenszuwachs um 8 Prozentpunkte.

Abbildung 6.7: Verteidigungspolitisches Wissen im Vergleich

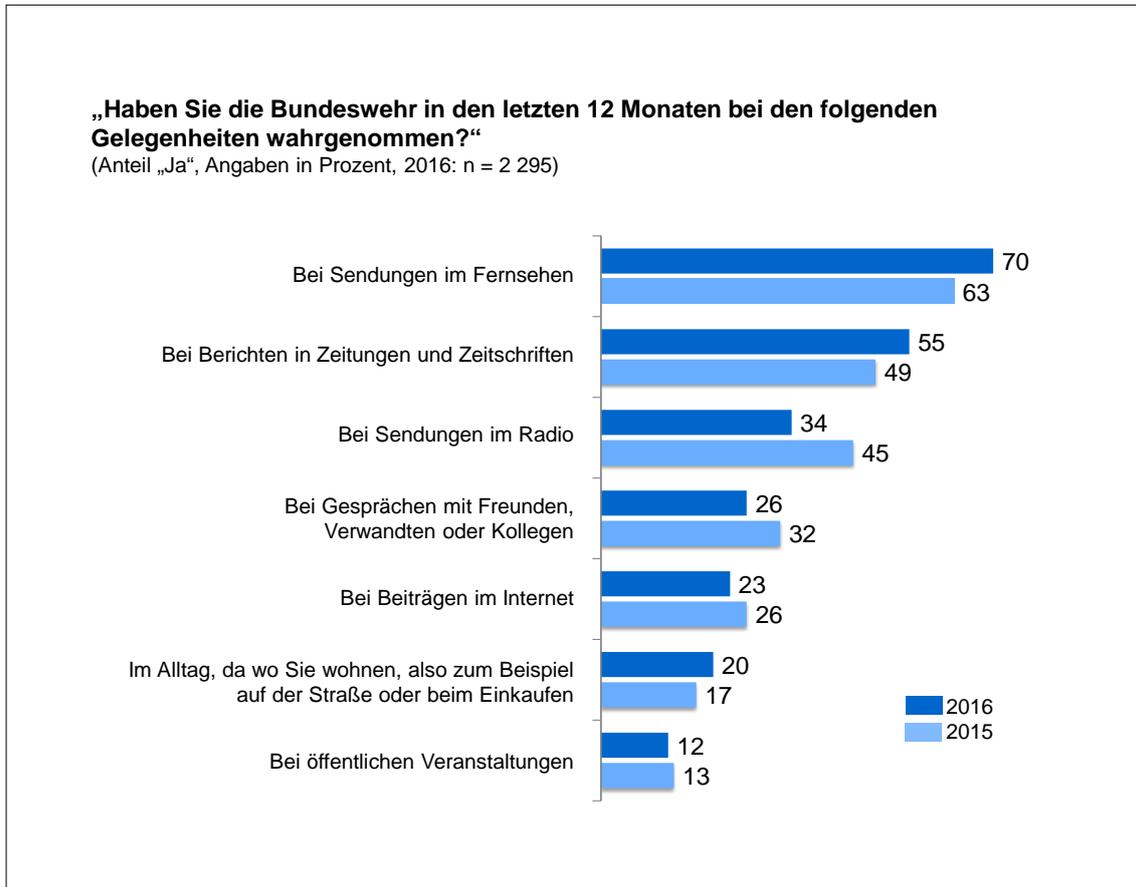


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Abbildung 6.7 fasst noch einmal die Ergebnisse für alle Wissensfragen zusammen. Es ergibt sich eine klare Hierarchie. Fast jeder Befragte kann die Bundesministerin der Verteidigung richtig benennen. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung wissen über die Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr sowie die Notwendigkeit der Zustimmung des Bundestages für Auslandseinsätze Bescheid. Hingegen kann nur etwas mehr als ein Drittel die hauptsächlich mit dem UNIFIL-Einsatz befasste Teilstreitkraft benennen. Nicht einmal jeder Fünfte ist in der Lage, die Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz richtig einzuschätzen. Und noch schlechter ist es um das Wissen über die Gesamtzahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bestellt. Hier geben lediglich 11 Prozent eine korrekte Antwort.

7 Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Abbildung 7.1: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



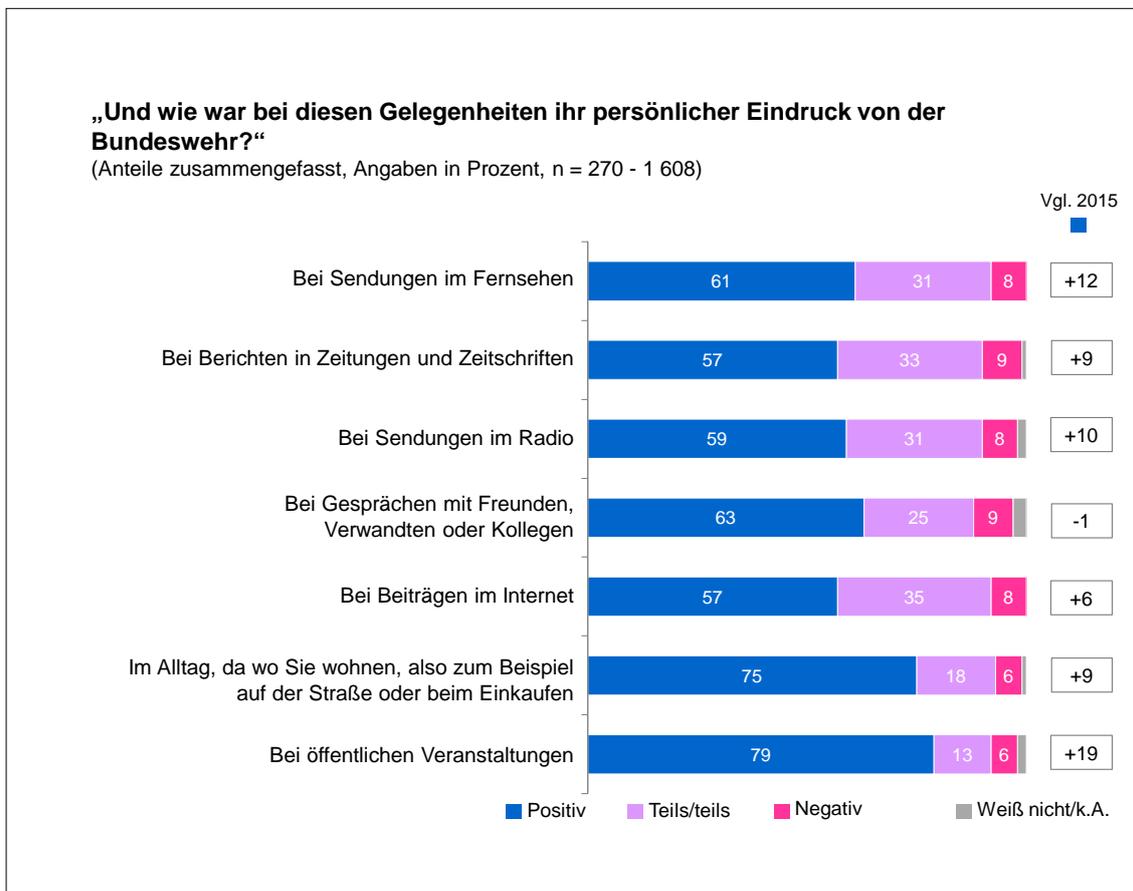
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Wegen der Verkleinerung der Bundeswehr, der Schließung vieler Standorte und der Aussetzung der Wehrpflicht seit dem Jahr 2011 haben viele Bürgerinnen und Bürger nur noch über die Medien Kontakt mit den Streitkräften. Daher wurde abgefragt, inwiefern die Befragten die Bundeswehr in den Medien und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten während der letzten 12 Monate wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 7.1). 70 Prozent der Befragten haben etwas über die Bundeswehr im Fernsehen gesehen. 55 Prozent haben in Zeitungen und Zeitschriften etwas über die Streitkräfte gelesen. Etwa ein Drittel hat bei Sendungen im Radio etwas über die Soldatinnen und Soldaten erfahren. Die anderen Gelegenheiten werden von maximal einem Viertel der Befragten ange-

führt (persönliche Gespräche: 26 Prozent, Internet: 23 Prozent, im Alltag: 20 Prozent, bei öffentlichen Veranstaltungen: 12 Prozent).

Vergleicht man die Ergebnisse mit denen des Vorjahres, zeigt sich keine einheitliche Entwicklung. Während die Bundeswehr im Fernsehen (+7 Prozentpunkte) und in Zeitungen und Zeitschriften (+6 Prozentpunkte) häufiger wahrgenommen wird, ergibt sich für Radiosendungen (-11 Prozentpunkte) und Gespräche (-6 Prozentpunkte) eine Abnahme der Wahrnehmungshäufigkeit. Für die anderen Informationswege sind die Veränderungen gering.

Abbildung 7.2: Persönlicher Eindruck der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Anmerkung: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst.

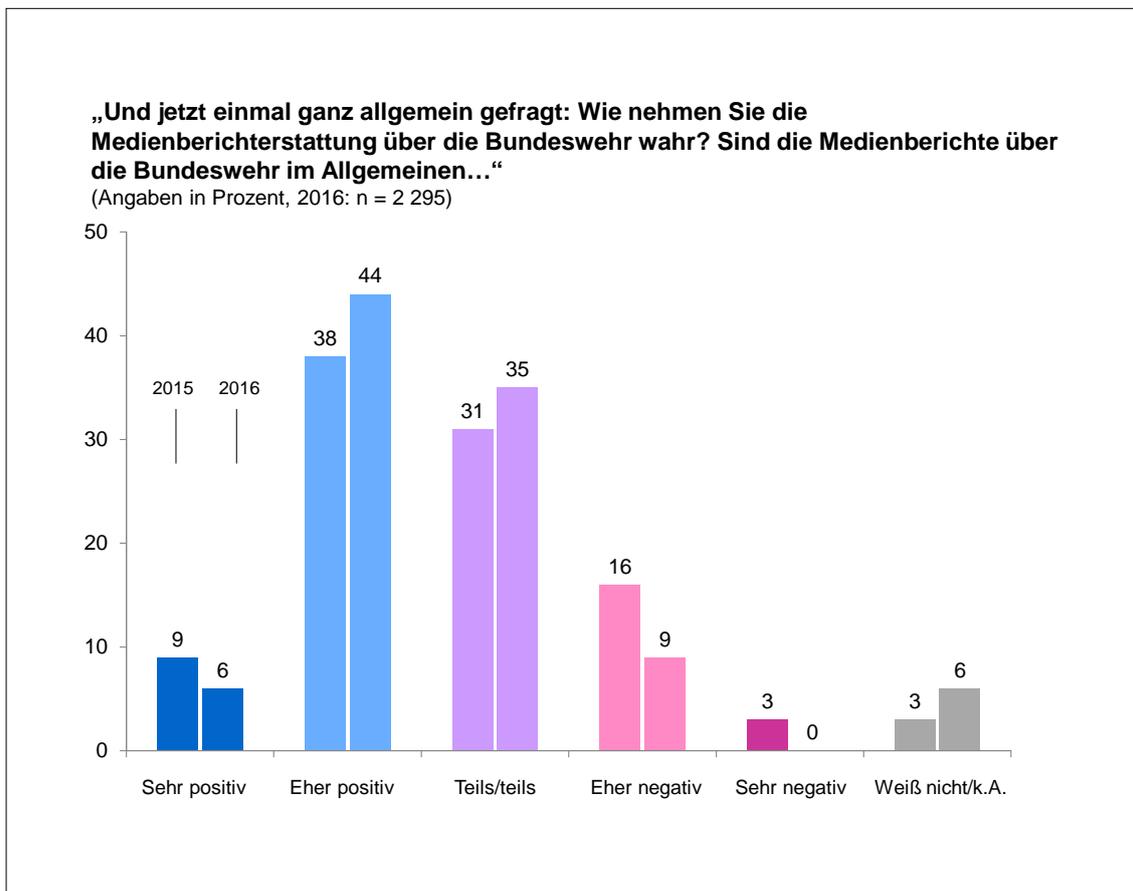
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden auch danach gefragt, wie ihr persönlicher Eindruck von der Bundeswehr bei der Wahrnehmung über die einzelnen Kommunikationskanäle war (vgl. Abbildung 7.2). Antworten durften nur diejenigen Befragten, welche die Streitkräfte auf die jeweilige Art und Weise wahrgenommen haben. Es zeigt sich über alle sieben untersuchten Formen hinweg ein grundsätzlich positiver Tenor, der sich nur wenig zwischen Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio, Internet und Gesprächen unterscheidet (zwischen 57 und 63 Prozent der Befragten mit positiven Eindrücken). Für das Internet sowie für Zeitungen und Zeitschriften ergibt sich der schlechteste Eindruck. Allerdings waren auch hier die Wahrnehmungen mit 57 Prozent mehrheitlich positiv. Im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen hinterlässt die Bundeswehr den besten Eindruck (75 bzw. 79 Prozent). Damit ist die Wahrnehmung über die Kanäle am besten, in denen die Bundeswehr persönliche Begegnungen zwischen Bürgern und

Soldaten ermöglicht. Allerdings wird sie auf diesen Kanälen am wenigsten wahrgenommen (vgl. Abbildung 7.1).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich deutliche Verbesserungen bei fünf der sieben Informationskanäle. Bei öffentlichen Veranstaltungen hat sich die Wahrnehmung um 19 Prozentpunkte verbessert, im Fernsehen um 12 Prozentpunkte, im Radio um 10 Prozentpunkte, in Zeitungen und Zeitschriften sowie im Alltag um 9 Prozentpunkte. Auch bei Beiträgen im Internet hat sich der wahrgenommene Tenor für die Bundeswehr um 6 Prozentpunkte verbessert. Bei Gesprächen zeigt sich keine Veränderung.

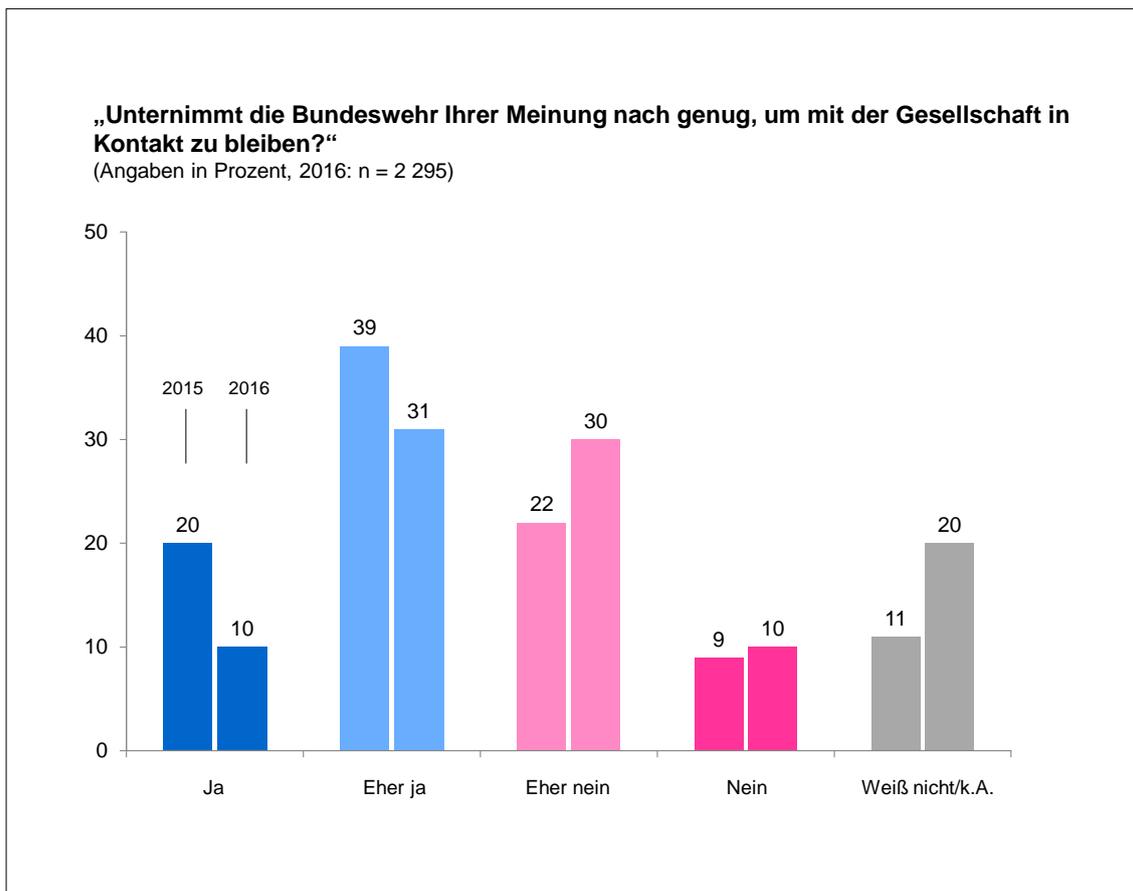
Abbildung 7.3: Allgemeiner Eindruck der Medienberichterstattung über die Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Der allgemeine Eindruck der Befragten von der Medienberichterstattung über die Bundeswehr hat sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert (vgl. Abbildung 7.3). Nahmen 2015 nur 47 Prozent der Befragten die Bundeswehr im Allgemeinen positiv wahr, sind es 2016 50 Prozent. Analog ist der Anteil derjenigen, die die Streitkräfte negativ wahrnehmen, um 10 Prozentpunkte zurückgegangen (von 19 auf 9 Prozent).

Abbildung 7.4: Bewertung Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft

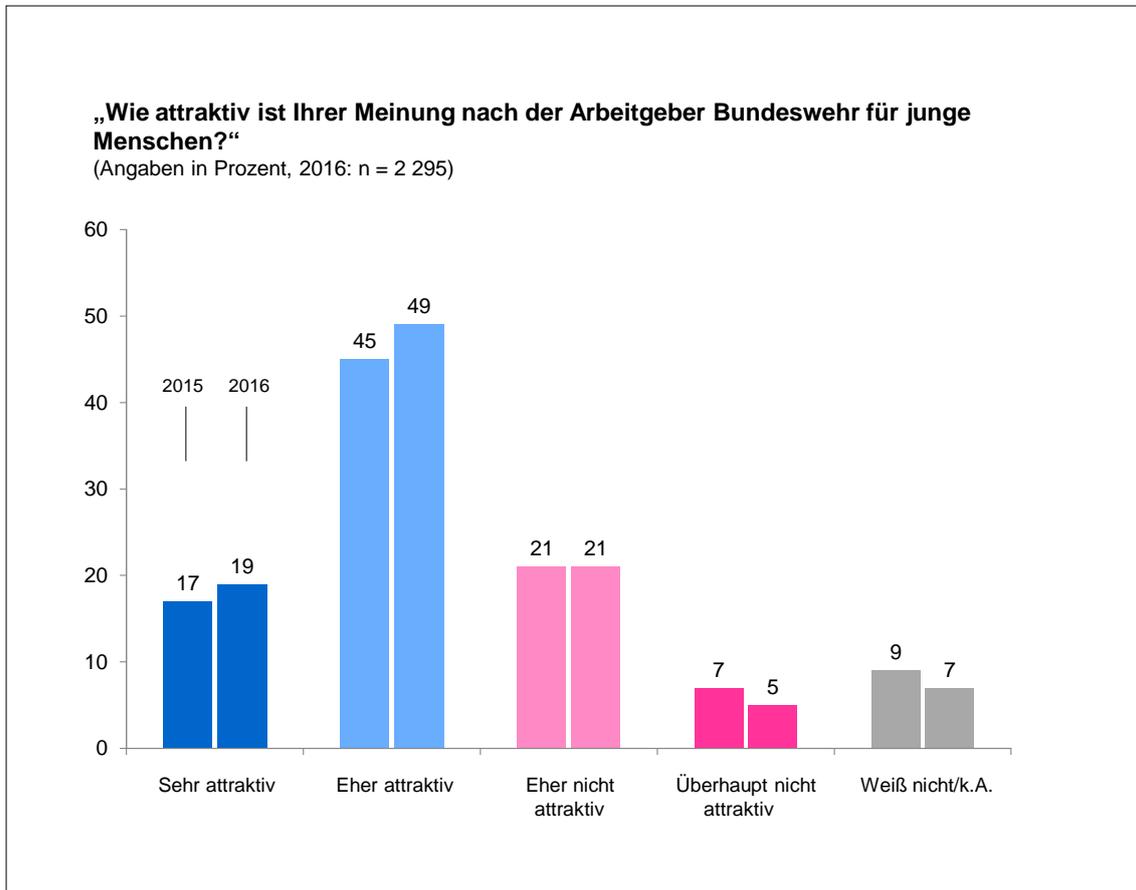


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Die Wahrnehmung, ob die Streitkräfte genug tun, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, hat sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich verschlechtert (vgl. Abbildung 7.4). Waren es 2015 noch 59 Prozent (Ja und eher ja zusammengefasst), die angaben, dass die Bundeswehr für den Kontakt mit der Gesellschaft genug tut, sind es 2016 nur noch 41 Prozent. Diese Verschiebung spiegelt sich im Anstieg derjenigen mit negativer Bewertung nur teilweise wider (Anstieg von 31 auf 40 Prozent). Zusätzlich trauen sich deutlich mehr Befragte keine Einschätzung zu (20 Prozent statt 11 Prozent machen keine Angabe). Im Hinblick auf die vorangehenden Ergebnisse in diesem Abschnitt ist diese starke Veränderung zum Negativen überraschend.

8 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

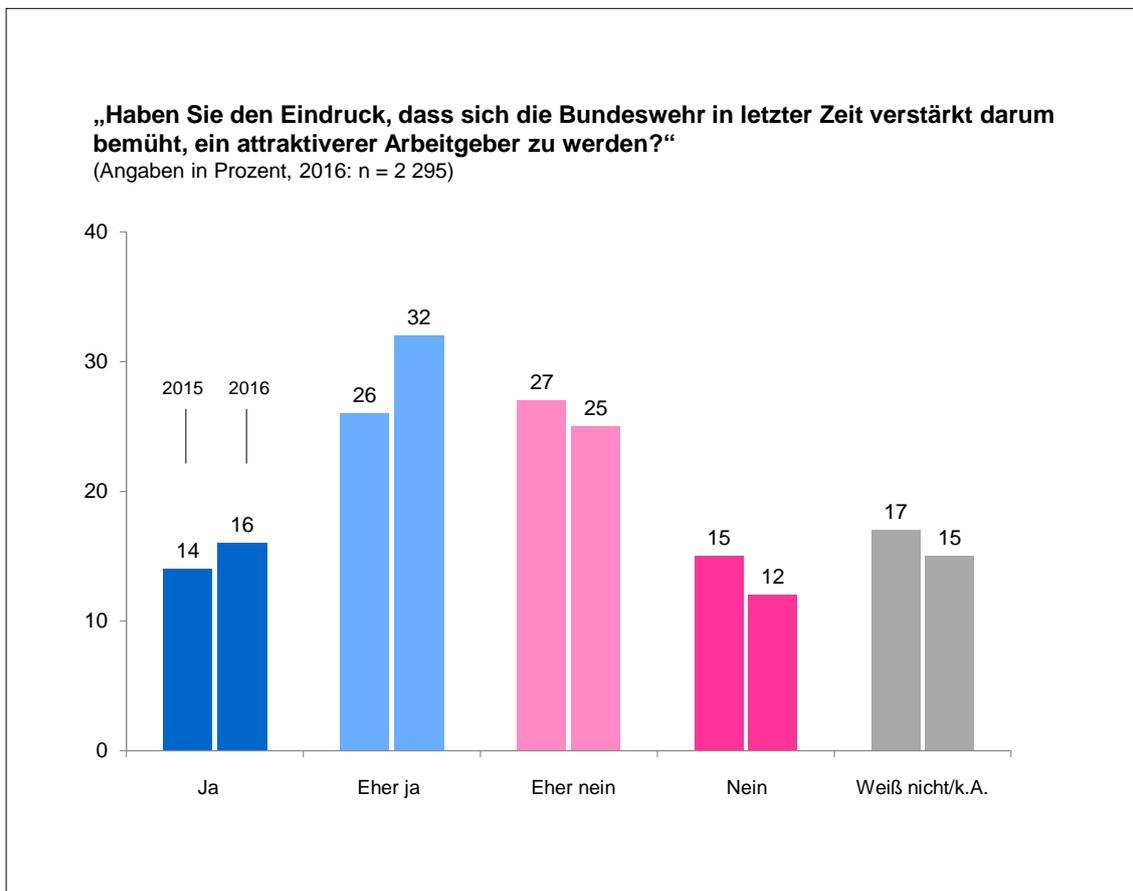
Abbildung 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Auch 2016 enthielt die Bevölkerungsbefragung einige Fragen zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Die Streitkräfte werden im Vergleich zum Jahr 2015 als etwas attraktiver wahrgenommen (vgl. Abbildung 8.1). 19 Prozent halten die Bundeswehr für einen sehr attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (2015: 17 Prozent), 49 Prozent für eher attraktiv (2015: 45 Prozent). Der Anteil derjenigen mit negativen Bewertungen der Attraktivität sowie ohne substantielle Meinung hat sich im Vergleich zum Vorjahr jeweils um 2 Prozentpunkte reduziert.

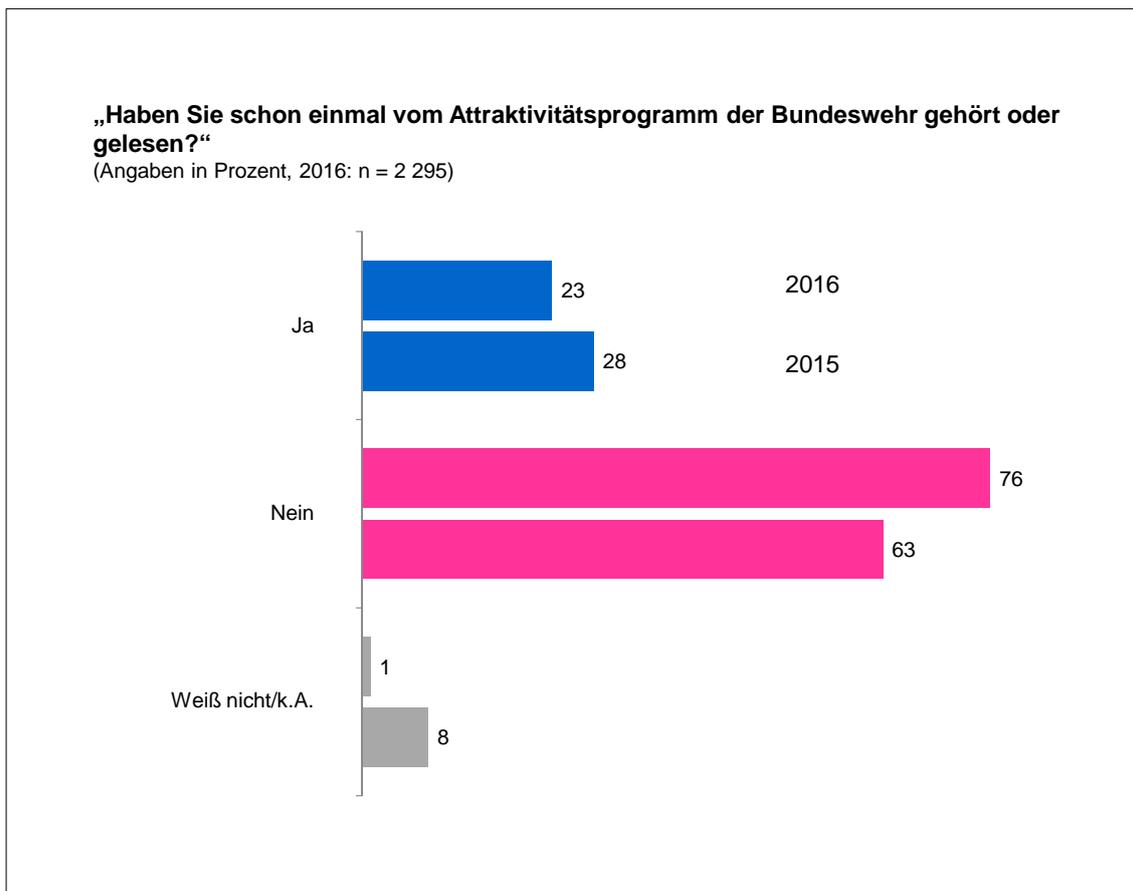
Abbildung 8.2: Wahrnehmung der Bemühungen der Bundeswehr, ein attraktiverer Arbeitgeber zu sein



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Allgemein verfestigt sich bei den Befragten der Eindruck, dass die Bundeswehr sich verstärkt darum bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden (vgl. Abbildung 8.2). Waren es im Vorjahr 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die diesen Eindruck haben, hat sich dieser Anteil 2016 auf 48 Prozent erhöht. Dementsprechend hat die Gruppe derjenigen, die diesen Eindruck nicht teilen, um 5 Prozentpunkte abgenommen (von 42 auf 37 Prozent). Auch ist der Anteil derjenigen ohne substantielle Einschätzung um 2 Prozentpunkte kleiner.

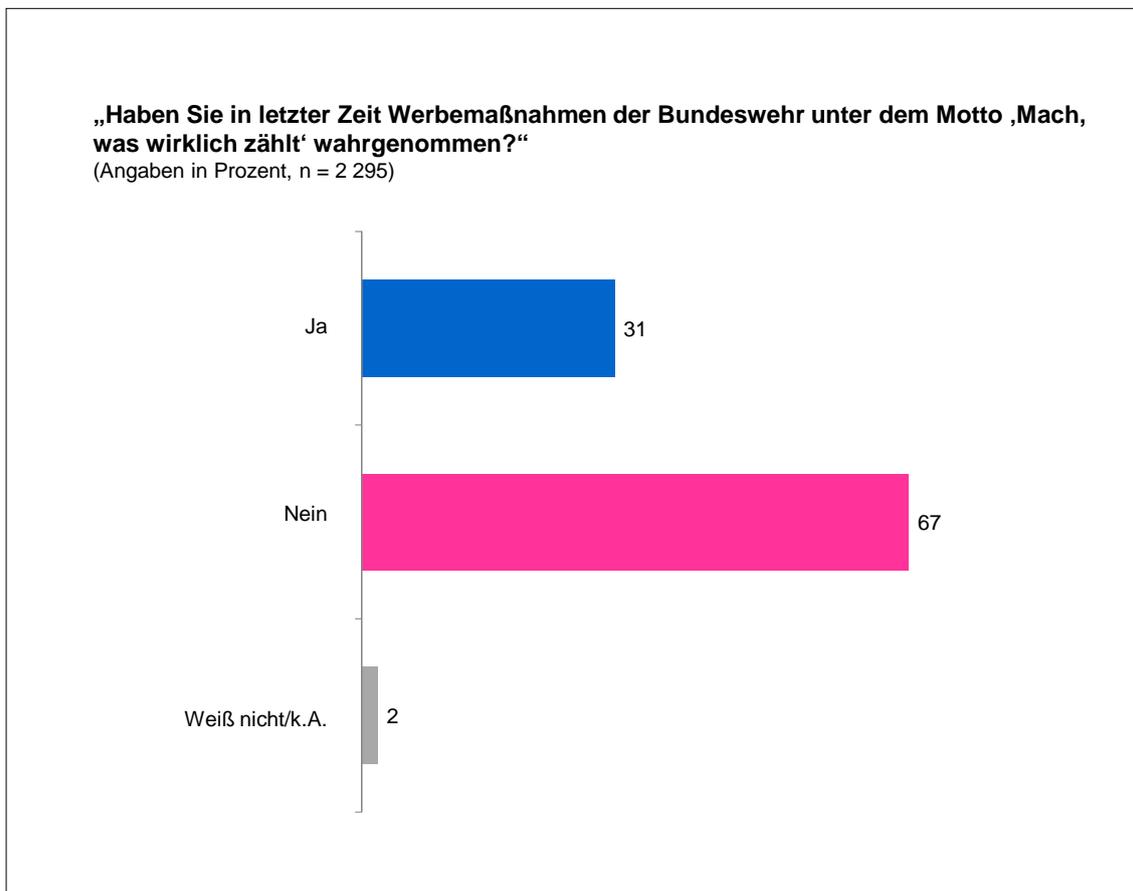
Abbildung 8.3: Bekanntheit des Attraktivitätsprogramms der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Vom Attraktivitätsprogramm haben nur 23 Prozent der Befragten gehört (vgl. Abbildung 8.3). Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Abnahme der Bekanntheit um 5 Prozentpunkte. Eine deutliche Zunahme um 13 Prozentpunkte (von 63 auf 76 Prozent) zeigt sich für diejenigen, die explizit sagen, dass sie die Attraktivitätsagenda nicht kennen. Um 7 Prozentpunkte hat der Anteil derjenigen ohne substantielle Meinung abgenommen.

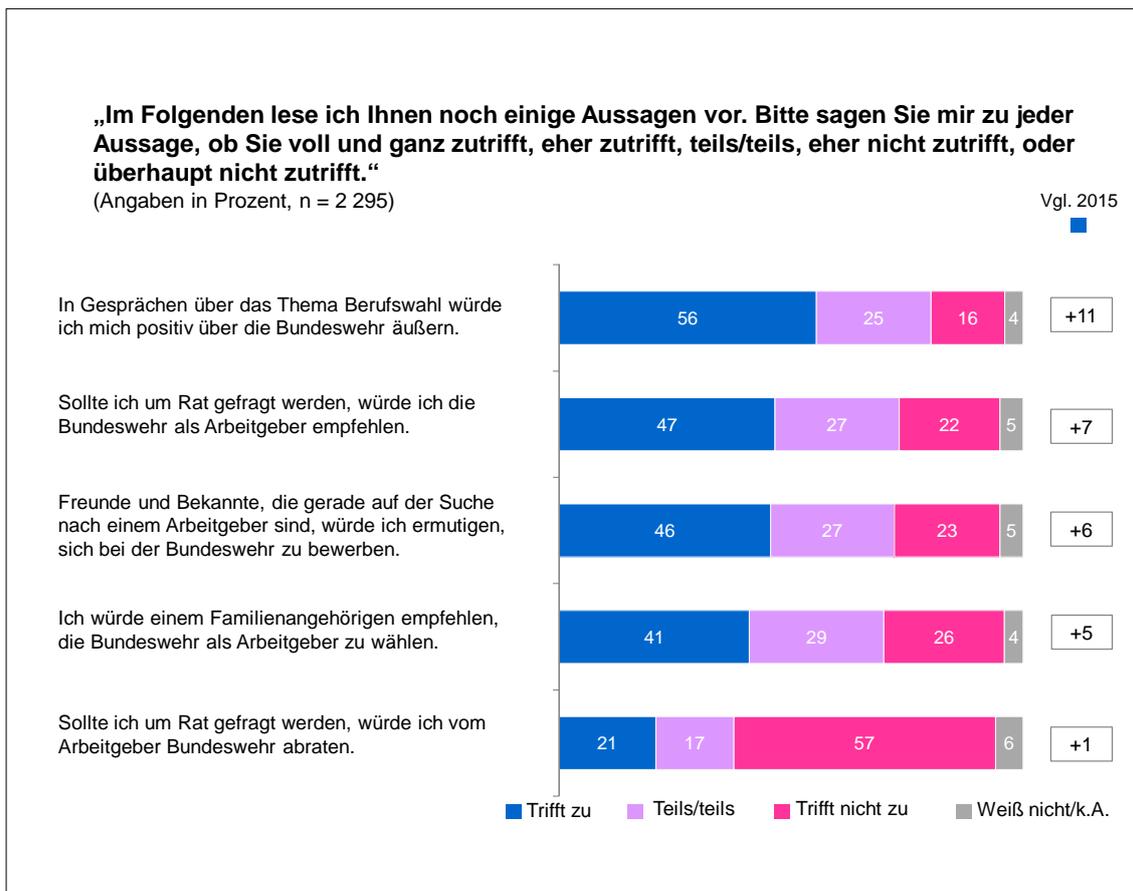
Abbildung 8.4: Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

2016 wurde erstmals eine Frage zur Bekanntheit der Werbekampagne unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ gestellt. Im Vergleich zur Attraktivitätsagenda ist diese Kampagne einem größeren Teil der Bürgerinnen und Bürger bekannt (vgl. Abbildungen 8.3 und 8.4). Allerdings sind es auch in diesem Fall lediglich 31 Prozent, die angeben, dass sie entsprechende Werbemaßnahmen gehört oder gesehen haben. Mehr als zwei Drittel der Befragten kennen „Mach, was wirklich zählt“ nicht.

Abbildung 8.5: Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr



Anmerkung: Trifft zu: „trifft ganz zu“ und „trifft eher zu“ zusammengefasst; trifft nicht zu: „trifft überhaupt nicht zu“ und „trifft eher nicht zu“ zusammengefasst.

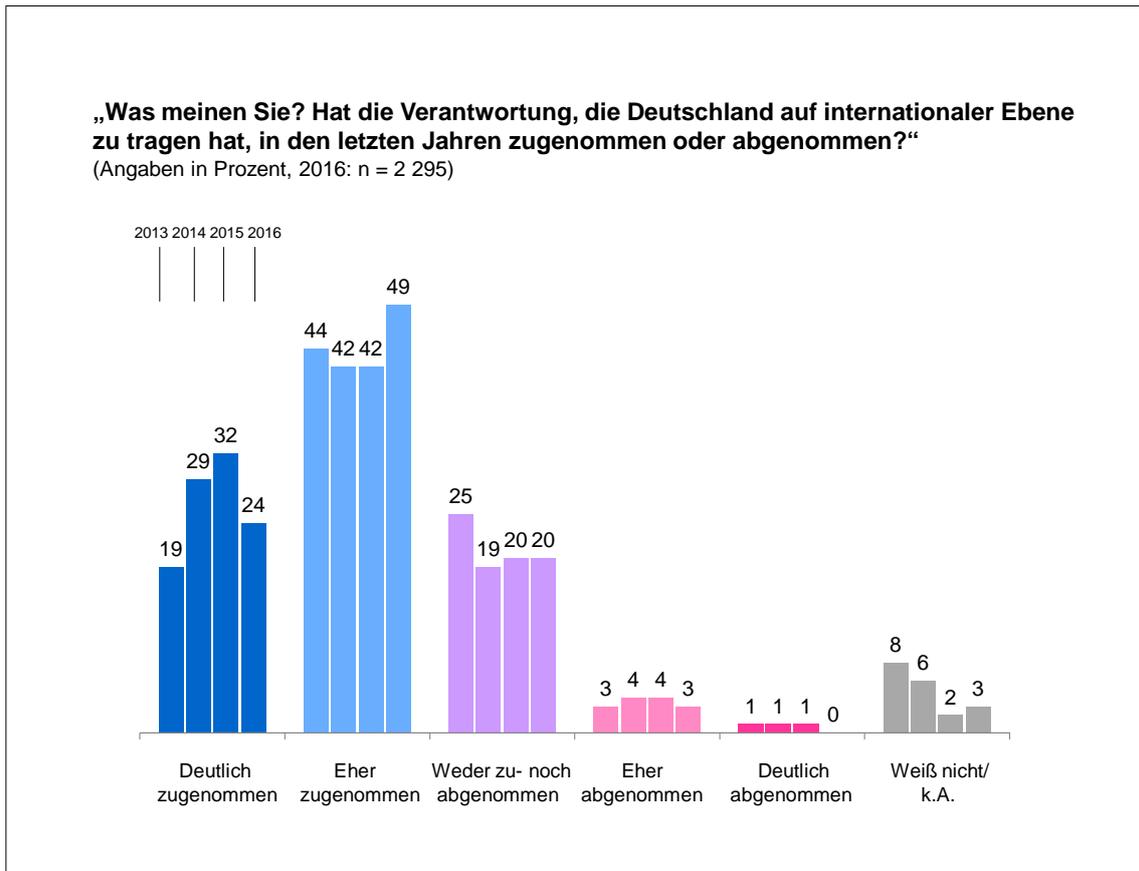
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die zustimmenden Antworten variieren zwischen 41 und 56 Prozent (vgl. Abbildung 8.5). Die größte Zustimmung zeigt sich mit 56 Prozent für die Aussage „In Gesprächen über das Thema Berufswahl würde ich mich positiv über die Bundeswehr äußern.“ Explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würden nur 21 Prozent der Befragten.

Vergleicht man die Veränderungen zum Vorjahr, zeigt sich bei den positiven Aussagen eine Zunahme von „Trifft zu“ von mindestens 5 Prozentpunkten. Die durchweg positivere Bewertung könnte ein Indiz für den Erfolg der Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen des Arbeitgebers Bundeswehr sein.

9 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

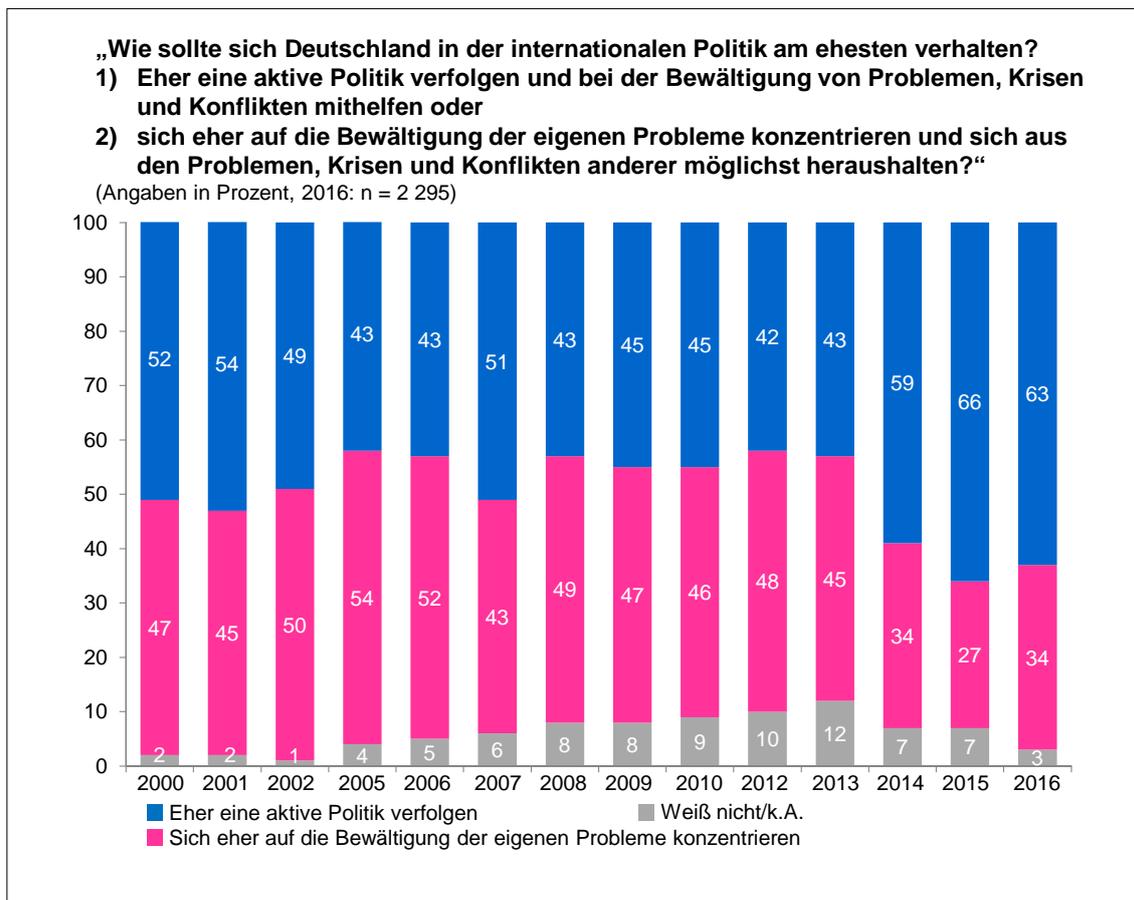
Abbildung 9.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2016.

Seit der Wiedervereinigung wird über eine gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert. Die Wahrnehmungen der Bürger gehen eindeutig in diese Richtung (vgl. Abbildung 9.1). 24 Prozent denken, dass die Verantwortung des Landes deutlich zugenommen hat, 49 Prozent sind der Auffassung, dass sie eher zugenommen hat. Zusammengefasst sind das 73 Prozent, so dass der Wert weiterhin fast auf dem höchsten Niveau liegt, seitdem diese Frage gestellt wird. 20 Prozent der Befragten sehen keine Veränderung, und mit 3 Prozent denkt nur ein verschwindend geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger, dass Deutschlands Verantwortung international abgenommen hat.

Abbildung 9.2: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich

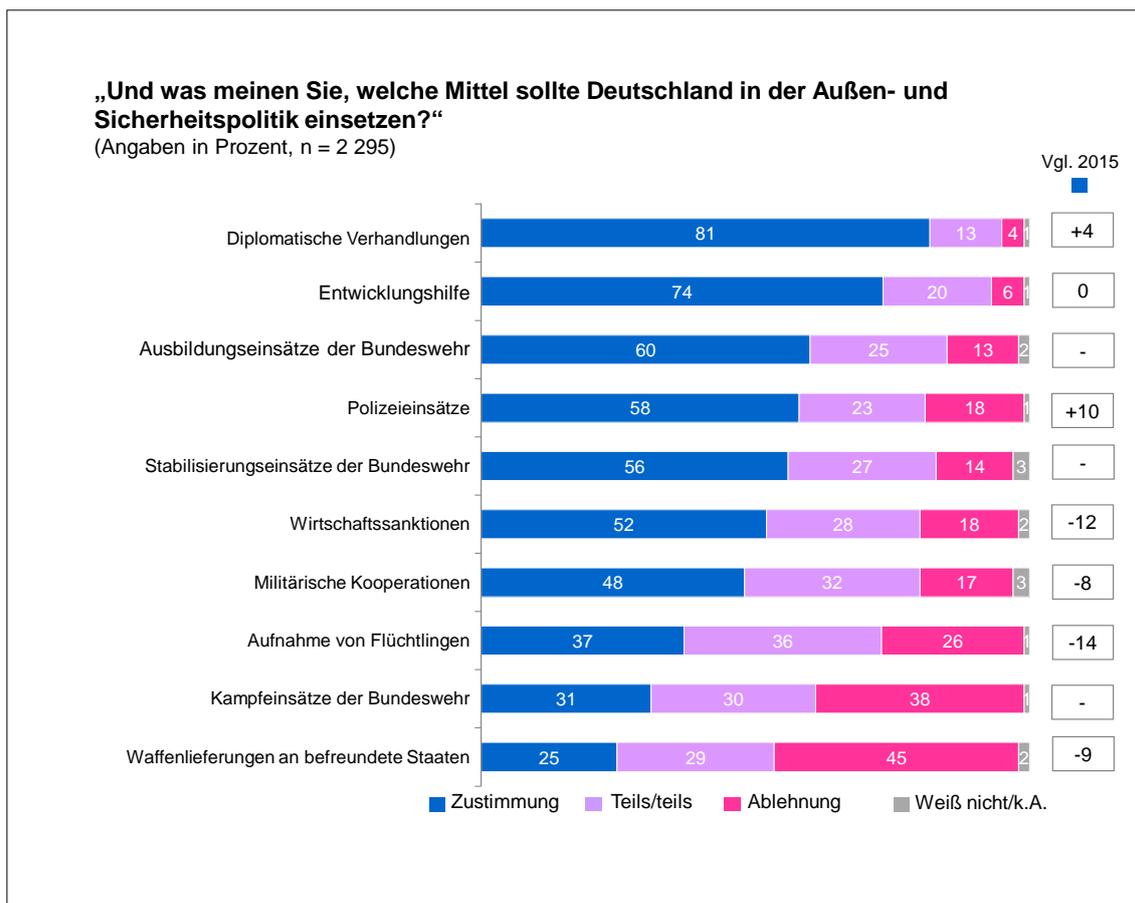


Anmerkungen: Die Frageformulierung wurde ab 2013 geändert. Ein Vergleich der alten und der neuen Frageformulierung mit den Daten der Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt aber, dass die Antwortverteilung sich zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet. Alte Formulierung: „Was meinen Sie? Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland... 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Eine wichtige Frage ist, was aus der gewachsenen wahrgenommenen internationalen Verantwortung Deutschlands für die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes folgt. Daher wurden die Bürgerinnen und Bürger danach gefragt, ob sich Deutschland international eher aktiv oder passiv verhalten sollte (vgl. Abbildung 9.2). Fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) plädieren dafür, dass Deutschland eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte. Dies ist der zweithöchste Wert, seitdem diese Frage gestellt wird. Die hohe Zustimmung für eine aktive Politik aus den Vorjahren scheint sich also weiter zu verstetigen. 34 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten sollte. 3 Prozent der Befragten haben keine Meinung.

Abbildung 9.3: Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.

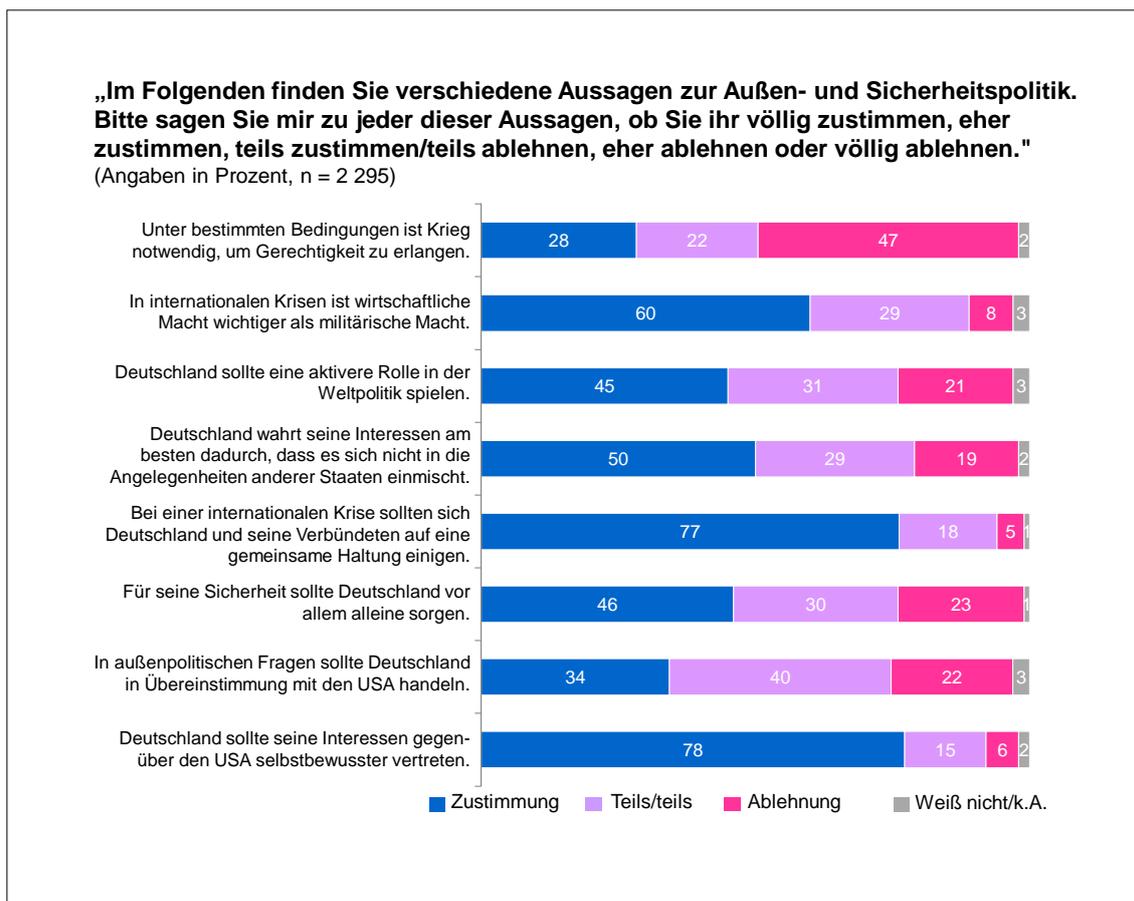
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Gefragt danach, welche Mittel Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte, erhalten diplomatische Verhandlungen (81 Prozent) und Entwicklungshilfe (74 Prozent) die mit Abstand höchste Zustimmung (vgl. Abbildung 9.3). Fünf weitere Maßnahmen finden die mehrheitliche Unterstützung der Befragten: Ausbildungseinsätze (60 Prozent) und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (56 Prozent) sowie Polizeieinsätze (58 Prozent), Wirtschaftssanktionen (52 Prozent) und militärische Kooperationen (48 Prozent). Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sowie bei Kampfeinsätzen der Bundeswehr ist die Bevölkerung in ihrer Meinung gespalten. Während 37 Prozent die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik befürworten, lehnen dies 26 Prozent ab, und 36 Prozent sind geteilter Meinung. Kampfeinsätze werden als außenpolitisches Mittel von 31 Prozent der Befragten begrüßt und von 38 Prozent negativ bewertet. 30 Prozent sind unentschieden. Eindeutig verneint werden Waf-

fenlieferungen an befreundete Staaten. Während 25 Prozent zustimmen, sind 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gegen dieses außen- und sicherheitspolitische Mittel.

Im Vergleich zum Vorjahr kommt es zu einigen Veränderungen im Meinungsbild: Für diplomatische Verhandlungen zeigt sich eine um 4 Prozentpunkte größere Zustimmung, bei Polizeieinsätzen wächst die Unterstützung um 10 Prozentpunkte. Bei vier der abgefragten Mittel nimmt die Zustimmung ab, für militärische Kooperationen um 8 Prozentpunkte, für Waffenlieferungen um 9 Prozentpunkte, für Wirtschaftssanktionen um 12 Prozentpunkte und für die Aufnahme von Flüchtlingen um 14 Prozentpunkte. Damit scheinen die Bürgerinnen und Bürger auf wichtige politische Ereignisse des letzten Jahres wie die Flüchtlingskrise und den Konflikt in der Ukraine zu reagieren.

Abbildung 9.4: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 1



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die Bevölkerungsbefragung 2016 enthielt einige Fragen, welche die Meinung der Bevölkerung zu grundsätzlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands abdecken. Dabei handelt es sich um wichtige Konzepte der wissenschaftlichen Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen. Folgende in der Literatur etablierte Themenbereiche wurden abgedeckt: die Haltung zu Krieg und militärischer Gewalt, der Grad des gewünschten internationalen Engagements, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament bei Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr, die Rolle und Bedeutung von Bündnissen wie NATO und EU sowie die Beziehungen zu wichtigen Staaten wie den USA und Russland.

Hinsichtlich der Rolle von Krieg und militärischer Gewalt zeigen sich mehrheitlich Ablehnung und Skepsis. So ist nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten (28 Prozent) der Meinung, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen (vgl. Abbildung 9.4). 47 Prozent lehnen diese Aussage ab. Die Mehr-

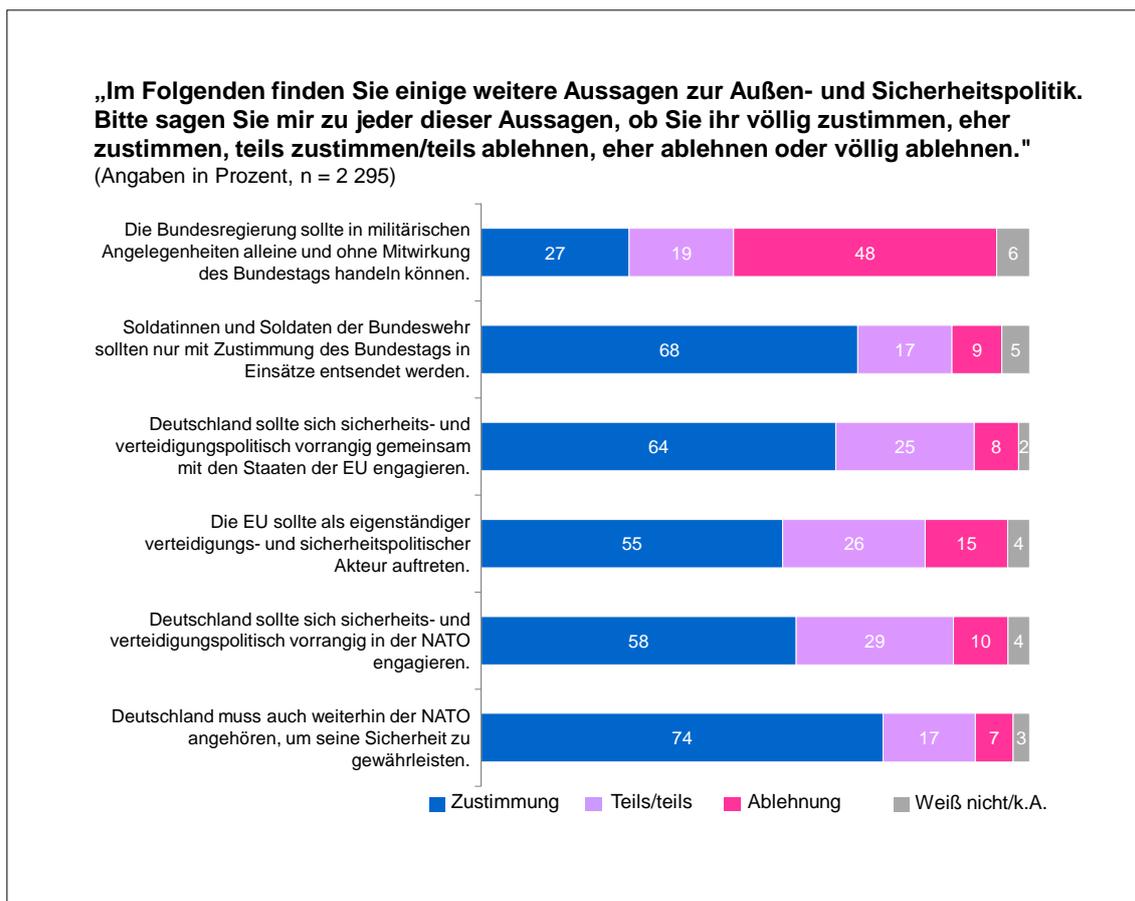
heit der Befragten (60 Prozent) ist der Auffassung, dass in internationalen Krisen wirtschaftliche Macht wichtiger ist als militärische Macht. Nur 8 Prozent vertreten hier die gegenteilige Ansicht.

Gefragt nach dem internationalen Engagement Deutschlands, ergeben sich widersprüchliche Ergebnisse. Während eine relative Mehrheit dafür ist (45 Prozent), dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen sollte, sind 50 Prozent der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen am besten dadurch wahrt, dass es sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischte. Jeweils ein Fünftel der Befragten lehnt diese Aussagen ab.

Die Deutschen haben eine klare Präferenz für ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten im Falle einer internationalen Krise. Dies wird von mehr als drei Vierteln der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (77 Prozent). Wenn es darum geht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, sagen 46 Prozent, dass Deutschland dies vor allem alleine tun sollte. 23 Prozent der Befragten äußern eine negative Meinung.

Im Verhältnis zu den USA sind fast 8 von 10 Befragten der Meinung, dass Deutschland seine Interessen selbstbewusster vertreten sollte. Hinsichtlich Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit den USA in außenpolitischen Fragen zeigt sich ein geteiltes Meinungsbild. Während 34 Prozent der Auffassung sind, dass beide Länder in Übereinstimmung handeln sollten, sind 40 Prozent bei dieser Frage geteilter Meinung. 22 Prozent äußern hier eine ablehnende Haltung.

Abbildung 9.5: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 2



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.

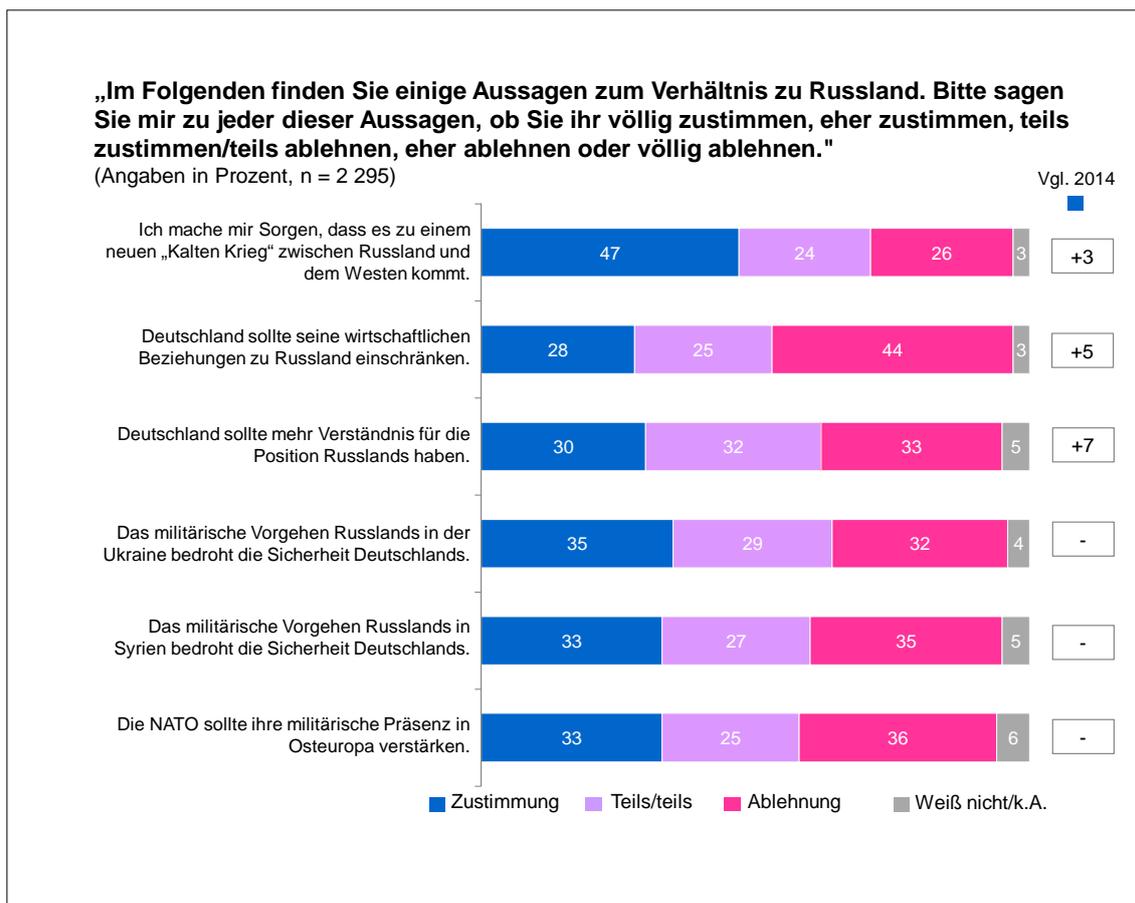
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Gefragt nach dem Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten, zeigt sich ein eindeutiges Meinungsbild (vgl. Abbildung 9.5). Während 27 Prozent befürworten, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, wird dies von einer relativen Mehrheit (48 Prozent) abgelehnt. Noch eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Frage zu diesem Thema: Mehr als zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden soll. Nur 9 Prozent lehnen dies ab.

Eine sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU befürworten 64 Prozent der Befragten. Eine Mehrheit (55 Prozent) begrüßt es, wenn die EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftritt. Ähnlich positiv äußern sich die Bürgerinnen und Bürger zur NATO. Etwa drei Viertel (74 Pro-

zent) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis, und 58 Prozent sind der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte.

Abbildung 9.6: Aussagen zum Verhältnis zu Russland



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014 und 2016.

In ihren Wahrnehmungen zum Verhältnis zu Russland zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger einerseits besorgt vor einem erneuten Kalten Krieg, andererseits präsentiert sich ein geteiltes Meinungsbild (vgl. Abbildung 9.6). 47 Prozent der Befragten machen sich Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen kommen könnte. Fast ein Viertel (24 Prozent) ist geteilter Meinung, ein weiteres Viertel teilt diese Sorge nicht (26 Prozent). Im Vergleich zu 2014, als diese Frage letztmalig gestellt wurde, ist der Anteil der besorgten Befragten um 3 Prozentpunkte gestiegen. Wirtschaftssanktionen und die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland werden von mehr als einem Viertel (28 Prozent) begrüßt und von 44 Prozent der Befragten abgelehnt. Die Zustimmung ist hier im Vergleich zum Jahr 2014 um 5 Prozentpunkte gestiegen.

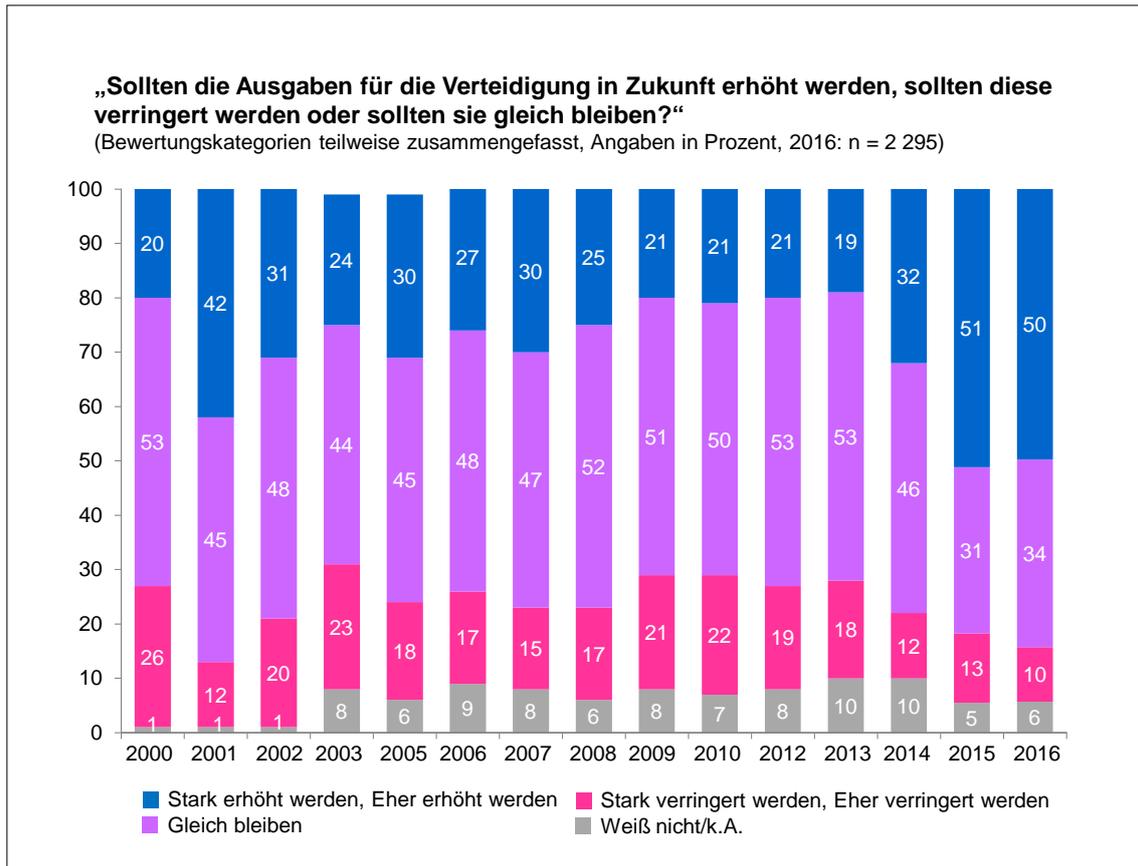
Ein vollkommen geteiltes Meinungsbild zeigt sich bezüglich der Frage, ob Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte. 30 Prozent plädieren für mehr

Verständnis, 32 Prozent sind geteilter Meinung, und 33 Prozent lehnen mehr Verständnis für Russland ab. Allerdings zeigt sich für diese Frage im Vergleich zu 2014 ein Zuwachs derjenigen, die sich für ein größeres Verständnis aussprechen, um 7 Prozentpunkte.

Auch zu den drei übrigen Fragen sind die Befragten geteilter Meinung: Etwa ein Drittel sieht die Sicherheit Deutschlands durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (35 Prozent) oder in Syrien (33 Prozent) bedroht. 32 Prozent (Ukraine) bzw. 35 Prozent (Syrien) sind gegenteiliger Auffassung. Wiederum ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unterstützt eine verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa (33 Prozent), während dies von 36 Prozent abgelehnt wird. Vergleiche zu 2014 sind nicht möglich, da diese Fragen 2016 erstmals gestellt wurden.

10 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

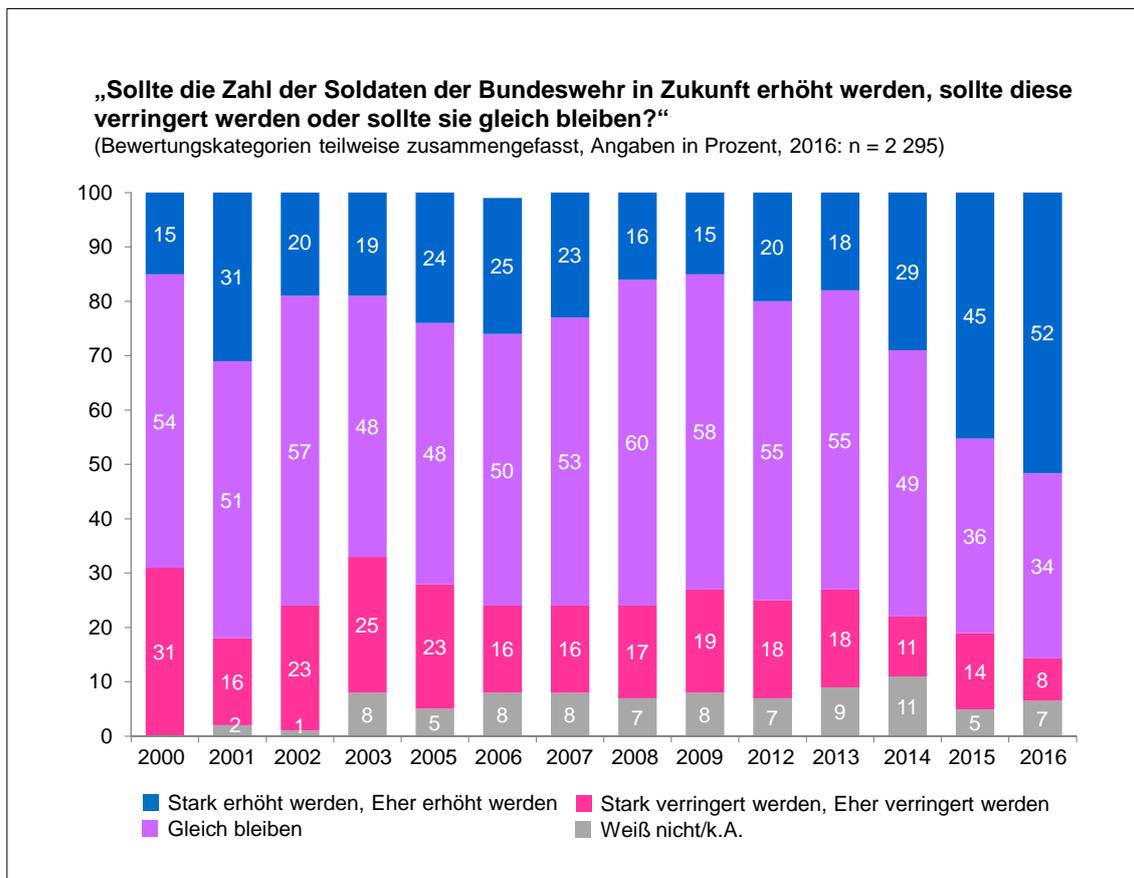
Abbildung 10.1: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Hinsichtlich der Frage, ob die Verteidigungsausgaben zukünftig erhöht, verringert oder gleich bleiben sollten, spricht sich für das Jahr 2016 die Hälfte der Befragten (50 Prozent) für eine Erhöhung aus, rund ein Drittel (34 Prozent) stimmt dafür, die Ausgaben gleich zu halten, und lediglich 10 Prozent votieren für eine Verringerung des Verteidigungsbudgets. Die Entwicklung des Vorjahres, dass sich mittlerweile eine Mehrheit der Deutschen für erhöhte Verteidigungsausgaben ausspricht, konnte damit bestätigt werden (vgl. Abbildung 10.1).

Abbildung 10.2: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden außerdem dazu befragt, ob die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Zukunft erhöht, verringert oder gleich bleiben sollte (vgl. Abbildung 10.2). Im Jahr 2016 spricht sich erstmals die absolute Mehrheit der Bundesbürger (52 Prozent) dafür aus, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden sollte. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Befürworter eines größeren Personalkörpers der Bundeswehr damit um weitere 7 Prozentpunkte an. Rund ein Drittel der Deutschen (34 Prozent) stimmt dafür, dass die Personalstärke gleich bleiben sollte und lediglich 8 Prozent votieren dafür, den Personalumfang der Bundeswehr zu verringern.

11 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

Tabelle 11.1: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

„Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren.	91	6	2	1
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	91	7	3	0
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	84	11	4	1
um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird.	69	22	8	1
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	69	20	10	1
um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird.	69	22	8	1
um einen Völkermord zu verhindern.	66	22	9	4
um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen.	65	22	12	1
zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands.	63	20	16	1
um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren.	59	25	14	1
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	53	21	23	3
um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen.	46	26	27	2

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2016 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Tabelle 11.1). Neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern befürworten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie medizinische Hilfe zu leisten (jeweils 91 Prozent). 84 Prozent der Befragten unterstützen zudem den Einsatz der Streitkräfte, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. Jeweils sieben von zehn Bundesbürgern befürworten außerdem, die Bundeswehr einzusetzen, um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird, um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen, um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wurde (jeweils 69 Prozent), um einen Völkermord zu verhindern (66 Prozent) und um gegen Länder, die Deutschland oder seine Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen. Sechs von zehn Befragten sprechen sich ferner für einen Einsatz der Bundeswehr aus, um Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands aufrechtzuerhalten

(63 Prozent) und um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (59 Prozent). Fünf von zehn Befragten sind für den Einsatz der Bundeswehr, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (53 Prozent) und um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (46 Prozent).

Von Relevanz erscheinen demnach insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger. Die Entwicklung, die bereits im Vorjahr beobachtet werden konnte, nämlich dass Items, die auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus für Deutschland, aber auch für Bündnispartner, fokussieren, in der zugeschriebenen Aufgabenrelevanz gestiegen sind, konnte im Jahr 2016 bestätigt werden. Der Einsatz militärischer Gewalt stellt somit für die deutsche Bevölkerung kein Tabuthema dar. Die Akzeptanz der unterschiedlichen Aufgabenbereiche der Bundeswehr ist jedoch dann am größten, wenn die Sicherheit Deutschlands sowie deutscher Staatsbürger gefährdet ist oder wenn Verbündete bedroht oder angegriffen werden.

Tabelle 11.2: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland

„Und welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten.	90	8	2	0
um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen.	86	10	4	0
um öffentliche Gebäude in Deutschland vor Terroranschlägen zu schützen.	78	13	9	1
um in Deutschland Vermisste zu suchen oder zu retten.	74	16	10	1
um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern.	74	14	12	1
um Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten.	55	24	19	1

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

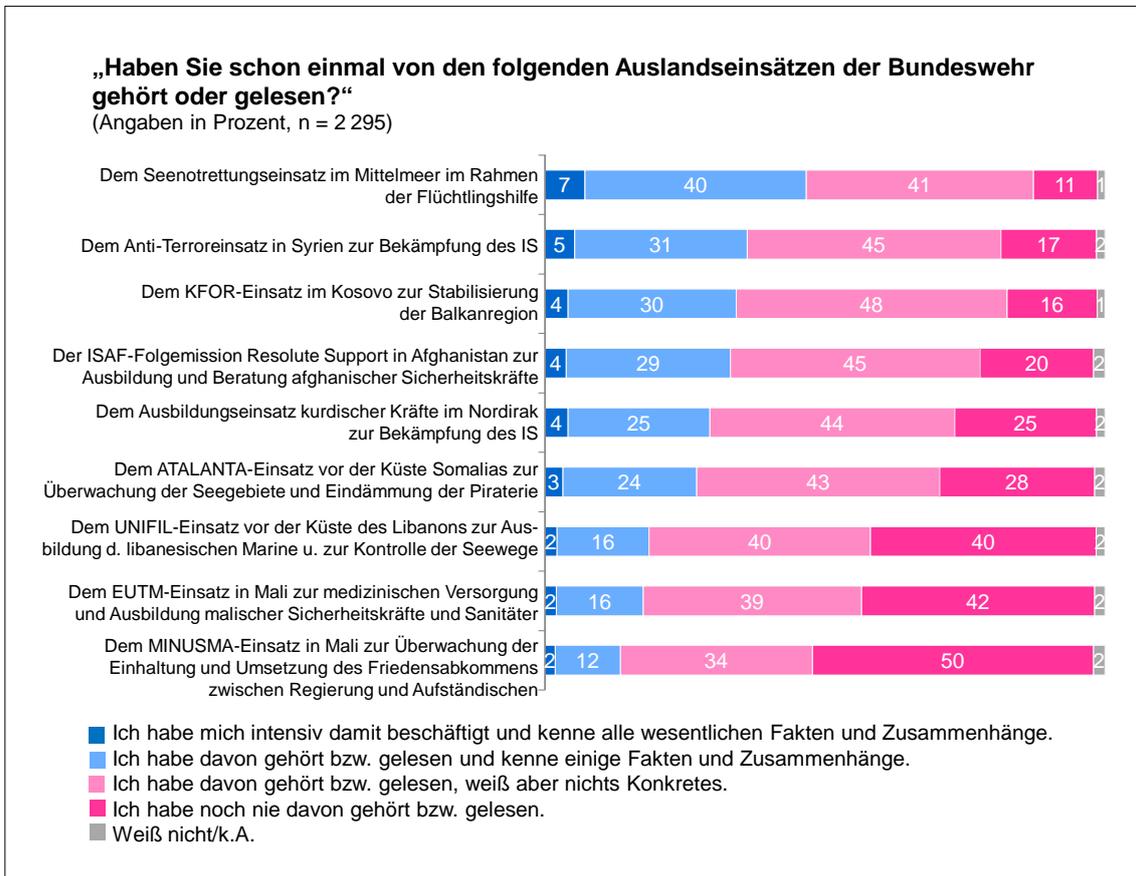
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Unterschied zum Vorjahr wurde eine weitere Fragestellung in den Fragebogen integriert, die die Einstellung der Bundesbürger zu möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren beleuchtet. Im Ergebnis zeigt sich, dass alle vorgegebenen Einsatzmöglichkeiten von einer zum Teil deutlichen Mehrheit der Deutschen befürwortet werden. Jeweils neun von zehn Befragten würden einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zustimmen, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (90 Prozent) oder um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (86 Prozent). Acht von zehn Deutschen sprechen sich außerdem dafür aus, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, um öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (78 Prozent). Jeweils 74 Prozent der Befragten sehen mögliche Einsatzgebiete der Bundeswehr innerhalb Deutschlands, um Vermisste zu suchen oder zu retten oder um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern. Während die bisher benannten Einsatzmöglichkeiten hypothetischer Natur sind, unterstützte die Bundeswehr in den letzten Monaten die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Dies wird von 55 Prozent der Deutschen befürwortet, ist aber insgesamt der niedrigste Wert.

Auch hinsichtlich dieser Fragestellung erfahren die Items, die Katastrophenhilfe sowie den Schutz vor Terroranschlägen thematisieren, die größte Zustimmung durch die deutsche Bevölkerung.

12 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Abbildung 12.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr



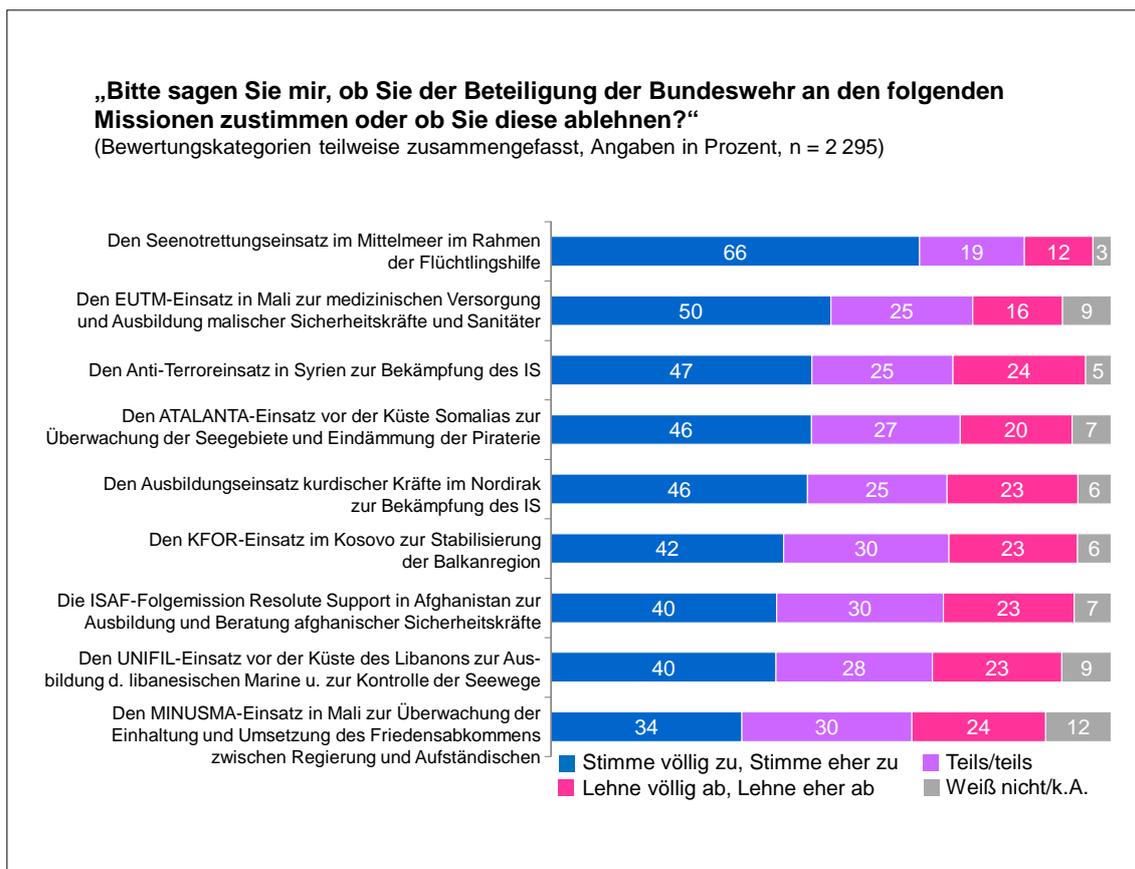
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten die Befragten zunächst einschätzen, wie gut sie über die einzelnen Einsätze Bescheid wissen. Im Folgenden werden die Antwortmöglichkeiten „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ sowie „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst. Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die eine der beiden Antworten angeben, über einen grundlegenden Kenntnisstand verfügen. Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandsmissionen innerhalb der Bevölkerung zeigt auf, dass der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (47 Prozent) sowie der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (36 Prozent) die bekanntesten Auslandseinsätze der Bundeswehr sind (vgl. Abbildung 12.1). Jeweils drei von zehn Be-

fragten geben zudem an, dass sie Fakten und Zusammenhänge rund um den KFOR-Einsatz im Kosovo zur Stabilisierung der Balkanregion (34 Prozent), die ISAF-Folgemission Resolute Support in Afghanistan zur Ausbildung und Beratung afghanischer Sicherheitskräfte (33 Prozent), den Ausbildungseinsatz kurdischer Kräfte im Nordirak zur Bekämpfung des IS (29 Prozent) sowie den ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias zur Überwachung der Seegebiete und Eindämmung der Piraterie (27 Prozent) kennen. Weniger bekannt sind die UNIFIL-Mission vor der Küste des Libanons zur Ausbildung der libanesischen Marine und zur Kontrolle der Seewege (18 Prozent) sowie die beiden Einsätze in Mali (der EUTM-Einsatz zur medizinischen Versorgung und Ausbildung malischer Sicherheitskräfte und Sanitäter: 18 Prozent und der MINUSMA-Einsatz zur Überwachung der Einhaltung und Umsetzung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Aufständischen: 14 Prozent).

Insgesamt wird deutlich, dass das Wissen der Deutschen rund um die unterschiedlichen Auslandseinsätze der Bundeswehr begrenzt ist (vgl. auch Abschnitt 6.).

Abbildung 12.2: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

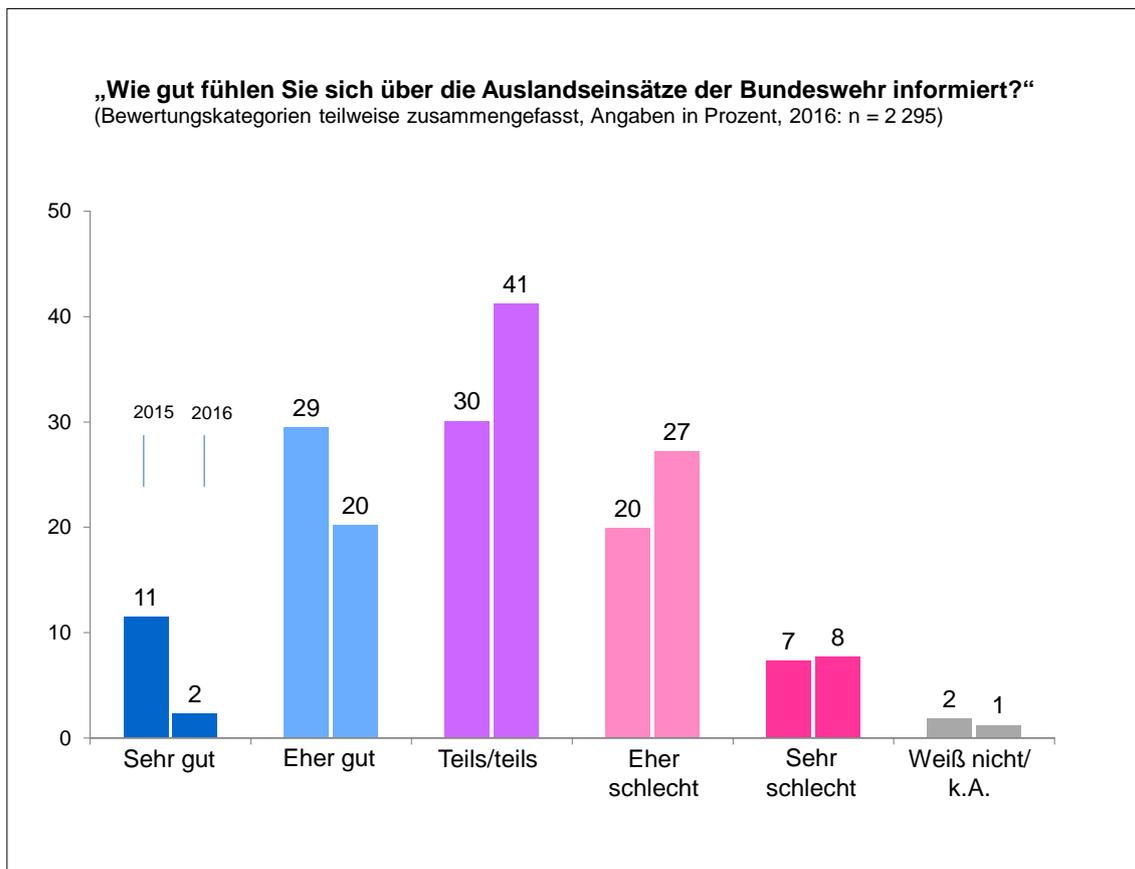


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verdeutlicht, dass die in 2016 bekannteste Mission, der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer, auch der Einsatz ist, der von der deutschen Bevölkerung mit Abstand die größte Zustimmung erhält. Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) befürworteten diesen Bundeswehreinsatz (vgl. Abbildung 12.2). Mehrheitlich unterstützt wird außerdem noch der EUTM-Einsatz in Mali (50 Prozent). Jeweils fast fünf von zehn Befragten stimmen außerdem einem Engagement der Bundeswehr im Rahmen des Anti-Terroreinsatzes in Syrien (47 Prozent), des ATALANTA-Einsatzes vor der Küste Somalias (46 Prozent) sowie des Ausbildungseinsatzes kurdischer Kräfte im Nordirak (46 Prozent) zu. Jeweils vier von zehn Bundesbürgern sprechen sich für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des KFOR-Einsatzes (42 Prozent), der ISAF-Folgemission Resolute Support (40 Prozent) sowie für den UNIFIL-Einsatz vor der Küste des Libanons (40 Prozent) aus. Schlusslicht, was die Zustimmung der Bevölkerung angeht, ist die MINUSMA-Mission in Mali. Nur rund ein Drittel der Befragten (34 Prozent) befürwortet die Beteiligung der Bundeswehr an diesem Einsatz.

Insgesamt zeigt sich, dass die Deutschen sich am ehesten für ein Bundeswehrengagement bei den Einsätzen aussprechen, die als Hilfeinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen.

Abbildung 12.3: Selbsteinschätzung Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Die Frage, wie gut sich die Bürgerinnen und Bürger über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, beantworten im Jahr 2016 22 Prozent mit gut, 41 Prozent mit teils/teils und 35 Prozent mit schlecht (vgl. Abbildung 12.3). Im Vergleich zum Vorjahr fällt die Einschätzung des eigenen Wissens deutlich geringer aus. Weniger Bürgerinnen und Bürger geben an, dass sie den eigenen Wissensstand zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr als sehr gut oder gut bezeichnen würden und mehr Befragte wählen die Mittelkategorie teils/teils oder bezeichnen das eigene Wissen als eher schlecht oder sehr schlecht.

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ist aus dem ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) am Standort Potsdam und dem ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) mit Sitz in Strausberg hervorgegangen. Damit ist aus zwei renommierten Wissenschaftseinrichtungen mit langjähriger Tradition ein neues wissenschaftliches Zentrum in Potsdam entstanden. Das ZMSBw betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zu den Autoren:

Dr. Markus Steinbrecher, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Dr. Heiko Biehl, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Chariklia Höfig, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Meike Wanner, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.